



## **Niederschrift**

53. Plenarsitzung Gemeinderat  
24. Juli 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

### **Punkt 1 der Tagesordnung: Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für die Rechnungsjahre 2019 und 2020: Haushaltsreden des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup und der Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz**

#### **Beschluss:**

Kenntnisnahme

#### **Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** (vom Rednerpult) ruft Tagesordnungspunkt 1 auf:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich heute den Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 hier einbringen darf. Ich darf darauf hinweisen, dass Ihnen ein schriftliches Exemplar der Rede auf dem Tisch liegt. Sie werden aber nach wenigen Sätzen merken, dass ich das etwas anders aufziehe. Von daher würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie mir zuhören. Alles, was ich sage und alles, was geschrieben ist, ist natürlich zitierfähig. Sie können darauf immer wieder gerne zurückgreifen.

Die Einbringung des Haushaltes nach doch einigen sehr anstrengenden intensiven Monaten ist immer eine besondere Sternstunde für den Gemeinderat. In einer wirklich über Monate dann stattfindenden intensiven Diskussion und Abstimmung zwischen Verwaltung, dem Gemeinderat und dem Oberbürgermeister setzen Sie am Ende den Rahmen für die Arbeit der Verwaltung, aber vielfach auch den Rahmen für politische Entscheidungen in den nächsten beiden Jahren. Sie werden damit Ihr Königsrecht, das Königsrecht des Parlamentes wahrnehmen. Das ist immer eine ganz besondere Situation. Das ist ein ganz besonderer Moment. Ich möchte mich vor allem bei allen bedanken, die es jetzt zum dritten Mal in Folge geschafft haben, dass wir diesen Haushaltsentwurf vor der Sommerpause einbringen können. Das ist nicht so ganz trivial und auch nicht so ganz einfach für alle, die in der Vorbereitung stecken. Dafür auch noch einmal ganz herzlichen Dank. Wir haben so

ausreichend Zeit, dann im Herbst das ausführlich zu diskutieren und zu verabschieden, so dass am 01.01. des neuen Jahres auch jeder weiß, wie die haushaltsrechtliche und technische Berücksichtigung der einzelnen Projekte und Tätigkeiten stattfindet.

Die Einbringung des Haushaltes ist aber immer auch eine Möglichkeit, einen Blick zurück und einen Blick nach vorne zu werfen. Sie werden vor allem ganz viele Themen finden, die ich jetzt nicht ansprechen kann, weil ich mir eine Redezeitbegrenzung vorgenommen habe. Die mögen Sie mir nachsehen. Zu einigen Punkten möchte ich dann aber doch etwas detailliertere Ausführungen machen.

Wie steht Karlsruhe im Moment da? Ich glaube, Sie können es alle spüren. Sie erleben es auch in Ihrer politischen Arbeit, aber auch im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. In Karlsruhe brummt es gerade, in Karlsruhe da geht etwas. Darauf wird man auch von außen wahrnehmbar. Ob ich an die vielen Rankings erinnere, die wir auch immer miteinander politisch diskutieren. Besonders erfreulich finde ich übrigens das Ranking von vor einigen Wochen, dass wir beim Thema Soziale Segregation eher einen der hinteren Plätze der über 100 untersuchten Städte einnehmen und nicht einen der vorderen Plätze. Oder auch die Morgenstadt aus dem Jahr 2016, zu der wir vom Fraunhofer-Institut ernannt wurden. Wir sind auch als Schwarmstadt bekannt, als attraktiv vor allem für junge Leute und junge Erwachsene. Aber ich merke auch, dass das nicht nur bei uns brummt und dass viel geht, sondern dass auch die Wahrnehmung, wie Karlsruhe nach außen wahrgenommen wird, unabhängig der Rankings, zunehmend positiv wird. Ich stelle fest, dass ich vielfach darauf angesprochen werde. Ich glaube, das ist eine gute Entwicklung. Mit dem heutigen Haushaltsentwurf wollen wir diese Entwicklung fortsetzen.

Gestatten Sie mir im Rückblick auch einen kurzen Blick in den Kalender der letzten Wochen und vor allem auch meinen Kalender. Sie werden aber sehen, dass es auch vielfach Anlässe und Veranstaltungen sind, an denen Sie beteiligt waren. Ich fange einmal mit der internationalen Ebene an. Da hat vor kurzem die 8. Global Sustainable Finance Conference stattgefunden mit einer hochrangigen Delegation aus Uganda. Das wäre per se schon einmal eine Erwähnung wert. Was ich aber viel spannender finde, ist, dass dort die ersten vier internationalen und nationalen Förderbanken ausgezeichnet wurden, weil sie an einem neuen Messinstrument teilgenommen haben, einem neuen Ratingansatz, der vom Europäischen Institut für Nachhaltigkeit in Karlsruhe entwickelt wurde, ein Ratinginstitut für Finanzinstitutionen, in denen stärker die soziale und ökologische Auswirkung der Projekte und der Arbeit berücksichtigt werden soll, als das bisher bei den Ratinginstrumenten der Fall war. Das wurde vom Veranstalter noch nicht an die große Glocke gehängt, denn er will erst mit bis zu 30 anderen Banken und Finanzinstituten dieses Instrument ausprobieren. Aber möglicherweise wird man in ein oder zwei Jahren international dieses Ratinginstrument einführen. Es ist hier in Karlsruhe in der letzten Woche zum ersten Mal angewendet worden. Es hat auch eine Reihe von Zusammenarbeitserklärungen gegeben, an denen wir als Zeuge oder als Veranstaltungsort teilnehmen konnten, und die auch immer und dauerhaft mit dem Namen Karlsruhe verbunden werden.

Ein zweites internationales Projekt der letzten Woche ist die City-to-City-Partnerschaft mit Nagpur in Indien. Wir haben an diesem EU-Förderprogramm erfolgreich teilgenommen. Wir bekommen von der EU jetzt eine kommunale Zusammenarbeit gefördert. Auch das ist eine schöne Bestätigung. Denn hier geht es nicht nur darum, Matching-Partner international zu finden, sondern es geht darum, dass man das auch über die Programmatik nachwei-

sen muss. Hier haben wir die Förderung von Start-up-Kulturen, auch der Austausch von Fragen der Ökologie und der nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt. Das ist auch eine sehr gute Anerkennung unserer Aktivitäten.

Auf der europäischen Ebene möchte ich auf unser zweites Treffen mit dem Gemeinderat von Nancy erinnern, das noch einmal eine neue Qualität der Diskussion des Austausches und der gemeinsamen Aktivitäten eingeläutet hat. Besonders bemerkenswert ist auch die europäische Entwicklung oder die Grenzentwicklung zwischen Deutschland und Frankreich. Wir sind eingebunden in die Weiterführung und Erneuerung des Élysée-Vertrags. Wir sind eingebunden in eine zunehmende grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Nancy hat für uns den Riesenvorteil, dass es durch die neue Struktur in Frankreich jetzt eine wichtige Stadt in der unmittelbaren Grenzregion geworden ist. Damit können wir diese Städtepartnerschaft auch noch einmal bei der Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit intensiv miteinbringen. Die ersten Erfolge sind deutlich erkennbar.

Wir sind ganz vorne dabei bei der Projektpartnerschaft Urbane Mobilität in Europa, wo wir zusammen mit der Tschechischen Republik die Koordinierungsstelle darstellen. Ich glaube, ein europäischer Höhepunkt war auch letzten Freitag die Reinhold-Frank-Gedächtnisvorlesung hier in Karlsruhe. Viele polnische Fernsehsender, viele deutsche Medien haben davon berichtet. Wann ist es denn schon einmal in der Tagesschau gekommen, dass von einer Pressekonferenz in Karlsruhe in unserem Rathaus – Sie können es in der Mediathek nachschauen – dann die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichtshofs eingeblenet wurde in diesem Beitrag, die sich hier solidarisch mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen erklärt. Das ist angewandter und gelebter Ort des Rechts. Das ist hier noch einmal medial in einer ganz beeindruckenden Weise deutlich geworden.

Auf der nationalen Ebene hatte ich gestern auf ausdrücklichen Wunsch des Städtetages die Chance, an der Jury zur Verleihung des Nachhaltigkeitspreises in Berlin teilzunehmen, habe auf diesem Weg wieder viele neue interessante Informationen über Nachhaltigkeit, Aktivitäten in anderen Städten, mitnehmen können. Kürzlich gab es eine große Berichterstattung, dass die Stadt Berlin dem Thema Obdachlosigkeit jetzt beherzt zu Leibe rücken will und sich da vor allem auch aus Karlsruhe beraten lässt mit der Möglichkeit, vor allem vorrangig erst einmal Wohnraum zu schaffen und vor allem Wohnraum zu bekommen, um Obdachlose, Wohnsitzlose unterzubringen. Auch dass Katarina Barley, die neue Justizministerin, vor wenigen Tagen hier in Karlsruhe war und noch einmal die nationale Bedeutung von Karlsruhe in den Mittelpunkt gestellt hat, war ein solcher Höhepunkt.

Auf der baden-württembergischen Ebene sind wir einer der Hauptpreisträger von Kommune digital. Wir haben jetzt endlich die Zustimmung aller, dass wir den ersten Drogenkonsumraum in Baden-Württemberg hier in Karlsruhe einrichten können, nachdem wir schon die erste und einzige Heroinambulanz hier haben. Es hat auch ganz wichtige Vorgespräche gegeben in den letzten Wochen mit hochrangigen Vertretern des Landes über die Weiterentwicklung etwa des Majolika-Areals in Abstimmung mit dem Badischen Landesmuseum, über die Neugestaltung und Nutzung des Schlossvorplatzes oder auch zum Forum Recht, weil das Forum Recht auf Landesgelände errichtet werden soll.

Gehen Sie in die TechnologieRegion, ist das Welcome-Center eröffnet worden vor wenigen Wochen. Die Energiestrategie wurde verabschiedet, ein wirklich tolles Produkt einer intensiven Zusammenarbeit von über 80 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und den Verwal-

tungen. Wir werden darüber im Hauptausschuss im September miteinander diskutieren. Es zeichnet sich ab, dass die TechnologieRegion mit der französischen Seite ganz intensiv zusammenarbeiten wird. Ein französischer Partner nimmt auch mit einem finanziellen Beitrag erstmals am Stand der TechnologieRegion auf der Expo Real teil. Es gab kürzlich im Département Bas-Rhin die Grundsatzentscheidung, eine Zusammenarbeit mit der Technologie-Region anzustreben, bis hin zu einer möglichen Mitgliedschaft. Das muss man jetzt noch sehen, wie man das organisiert bekommt. Aber das sind auch ganz neue Zeichen. Das ist eine ganz neue positive Entwicklung, die zeigt, wie intensiv wir auch in den Gesprächen sind.

Unsere Stadt Karlsruhe selber: Ich darf auf die letzte Gemeinderatssitzung verweisen. Wir haben 60 Tagesordnungspunkte von höchster Qualität hier miteinander besprochen oder auch gemeinsam beschlossen. Da ging es um Schulneubau, um die Stadthalle, um das Stadion. Wir haben auch in den letzten Wochen oder die letzten Tage sogar erlebt, dass das Fest – eine alte traditionsreiche Veranstaltung – plötzlich eine ganz neue nationale Aufmerksamkeit erfährt. Ich bin mir sicher, die Schlosslichtspiele, die jetzt am Samstag eröffnet werden, werden ähnlich erfolgreich sein.

Was will ich Ihnen damit deutlich machen? Sie haben durch den Doppelhaushalt 2017/18 sowohl das Geld als auch das Personal für alle diese Entwicklungen, für alle diese Möglichkeiten, die wir gemeinsam nutzen, zur Verfügung gestellt. Das ist jetzt ein Blick in den Kalender aus meiner Sicht gewesen. Ich denke, wenn Sie in den Kalender der Bürgermeisterkollegen und der Bürgermeisterkollegin oder auch in Ihren eigenen Kalender schauen, wissen Sie, da gibt es noch viele Einzelbeispiele, die man hier noch hinzufügen kann. Das alles war letztlich möglich, weil Sie uns auch die Luft zum Atmen gegeben haben beim letzten Doppelhaushalt 2017/18. Das war möglich trotz Haushaltsstabilisierung. Vieles von dem, was wir uns jetzt die nächsten Jahre vornehmen können, können wir uns auch nur vornehmen, weil wir diese Haushaltsstabilisierung beim letzten Doppelhaushalt geschafft haben. Von daher an dieser Stelle auch noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihre verantwortungsvolle Arbeit, die Sie vor zwei Jahren gemacht haben. Die Ziele sind erreicht. Sie haben Mut bewiesen. Sie haben Grundlagen gelegt. Ich kann aber nur empfehlen, dass wir an den Prinzipien, die wir damals vereinbart haben, festhalten. Wir müssen alle Beteiligten, auch die städtischen Gesellschaften, weiter in die Haushaltsstabilisierung miteinbeziehen. Wir müssen Aufgabenkritik, wir müssen Personalentwicklung unter die Lupe nehmen. Wir sollten neue Dinge nur beschließen, wenn wir die Gegenfinanzierung durch den Abbau anderer Dinge sichern oder wenn wir gemeinsam feststellen, dass wir es aus unausweichlichen Gründen doch unbedingt brauchen. Aber da wird dann die Kollegin nachher noch darauf eingehen.

Mir sind diese Beispiele aus den letzten Wochen aber auch deswegen wichtig gewesen, denn wenn Sie sie noch einmal vor Ihrem geistigen Auge Revue passieren lassen, in allen diesen Entwicklungen haben wir immer versucht, auch den besonderen Geist von Karlsruhe ein bisschen umzusetzen. Wir wollten mit allen Aktionen versuchen offen zu sein für etwas Neues, etwas Neues auszuprobieren, Freiräume aushalten und füllen. Das geht nur, wenn wir am Ende ein Stück weit Vertrauen in uns selbst, aber auch in alle anderen Akteurinnen und Akteure vor Ort haben. Ich bin mir sicher, dass deswegen so viele Innovationen aus Karlsruhe kommen oder wir so vieles Innovative in Karlsruhe ausprobieren, weil wir alle untereinander ein großes Zutrauen in uns und unsere Stadt und die Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen und die Verwaltung und viele anderen Akteurinnen und Akteure

haben. Auch weil wir grundsätzlich dann doch immer die Bereitschaft haben, Freiräume auszuhalten, Freiräume auszuprobieren und uns gelegentlich auch einmal auf etwas einzulassen, was wir erstmals hier organisieren, was wir erstmals hier einführen, was wir erstmals hier veranstalten und dann aber auch selbstkritisch den Weg mitzubegleiten und das dann eben auch weiter zu entwickeln.

Mit dem Haushaltsentwurf 2019/20 legen wir Ihnen einen Haushalt vor, der diesen Weg noch mit neuer Kraft fortsetzen möchte, der noch andere Schwerpunkte setzt, der an der einen oder anderen Stelle noch mehr Freiräume und Möglichkeiten schafft. Es ist ein Stück weit aber auch ein Haushalt der Superlative geworden. Wir rechnen mit 500 bzw. 536 Mio. Euro allein aus Steuereinnahmen und den Finanzausgleichszuweisungen. 1,7 Mrd. Euro im Jahr, das ist ein neues Rekordniveau, das wir hier erreichen. Dennoch können wir ein Plus im Ergebnishaushalt darstellen. Wir streben 285 Mio. Euro im ersten und 270 Mio. Euro im zweiten Jahr in die städtische Infrastruktur an und das bei – über beide Jahre betrachtet – einer geplanten Neuverschuldung von 160 Mio. Euro. Das mag vielleicht manche erschrecken. Aber wir hatten in den letzten Doppelhaushalten oftmals wesentlich höhere Neuverschuldungen geplant, die wir dann nie gebraucht haben. Im Vergleich zu den letzten Jahren sind wir da auch auf einem eher rückschrittigen und damit auch guten Weg.

Zahlreiche wichtige Projekte der Stadtentwicklung können in diesem Doppelhaushalt weitergeführt werden. Sie können abgeschlossen werden, oder die ersten Schritte können eingeleitet werden. Alles wichtige Projekte der Stadtentwicklung, die Sie schon in den Vorjahren mitgegangen sind, die Sie mitgetragen haben, die auch über einen intensiven Bürgerdialog bis hin auch zum Bürgerentscheid hier in die Wege geleitet wurden. Wo Sie auch schon immer den Mut bewiesen haben, von diesen Projekten nicht abzuweichen, obwohl die Haushaltssituation in den Vorjahren perspektivisch deutlich schlechter war. 2019 und 2020 werden aber entscheidende Schritte in diesen wichtigen Stadtentwicklungsprojekten passieren.

Da ist erst einmal die Kombilösung. Wir planen für Dezember 2020 die Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels. Wir planen für 2021 dann die Inbetriebnahme der Kriegsstraße. Zu einem Zeitpunkt, wo sich in Deutschland alle auf den Weg machen, ÖPNV-Systeme zu modernisieren unter der Feinstaub- und anderen Diskussionen, wo die Mittel auch von der Bundesebene jetzt endlich wieder klar sind, nachdem bisher nur klar war, dass das bisherige Bundesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz 2019 ausläuft, aber man bis vor wenigen Monaten gar nicht wusste, ob es ein Fortsetzungsprogramm gibt, wo in vielen Städten die Planungsabteilungen überhaupt erst wieder angeschmissen werden, um den ÖPNV weiter auszubauen. In diesen Jahren stellen wir unser großes Jahrhundertprojekt fertig und starten in eine neue Zeit in der Innenstadt von Karlsruhe. Ich glaube, dass sich hier am Ende doch die Zähigkeit und der politische Wille auszahlen, dieses Projekt dann letztlich nicht in Zweifel gezogen, sondern es dann auch am Ende konsequent umgesetzt zu haben. Besonders positiv ist auch das klare Bekenntnis des Landes, nicht nur in unserer Auseinandersetzung mit dem Bundesrechnungshof vor einigen Jahren, sondern jetzt auch das klare Bekenntnis des Landes, dass man sich an allen förderfähigen Kosten auch durchgängig mit 20 % beteiligt und wir damit auch die 80 % Gesamtförderung von Bund und Land den Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen können. Das ist ein ganz gewichtiges Thema. Ganz wichtig aber auch, dass wir nicht nur den Stadtbahntunnel 2020 in Betrieb nehmen, sondern mit den von Ihnen im Haushalt dann freizugebenden Mitteln den Marktplatz auch

abschließend fertiggestalten können bis 2020. Das zeigt noch einmal, dass es gut war, dass wir jetzt nicht erst noch einmal die Straßenbahnlinie oben hinein legen, um sie dann nach 2020 wieder auszubauen, sondern dass wir dann schon nicht nur unterirdisch in Betrieb gehen sondern auch oberirdisch etwas leisten können. Wenn ich mir gerade bei den aktuellen Temperaturen vorstelle, dass wir da schon die Wasserspiele haben, wo dann die Kinder und andere über dem Wasser herumtanzen können, dann warten wir fast sehnsüchtig darauf, dass das in dieser Weise dann auch fertiggestellt wird.

Es ist auch eine gute Vorbereitung darauf, dass das Land schon angekündigt hat, ab dem Jahr 2023, wenn die neuen ÖPNV-Verträge abgeschlossen werden, den ÖPNV insgesamt auch von Landesseite noch einmal verstärken zu wollen und da bevorzugt auch den ÖPNV, der auch direkt in die Region abgeht. Das ist auch ein gutes Zeichen. Denn darauf sind wir dann auch richtig vorbereitet. Das Land setzt auf Anreize, dass die Zusammenarbeit zwischen Verkehrsverbänden sich intensivieren soll. Es wird demnächst das Baden-Württemberg-Ticket geben, das immer von jedem Ort in Baden-Württemberg an einen anderen Ort eine direkt Verbindung über ein Ticket ermöglicht, ohne dass man zwischen den verschiedenen Verkehrsverbänden wählen muss. Wir haben auch ganz innovative Ansätze, wie wir mit anderen Städten bzw. anderen Verkehrsbetrieben gemeinsam neue Fahrzeuge erstellen wollen auf einer Art Bausteinplattform, was noch einmal deutlich günstiger ist, als wenn jedes Nahverkehrsunternehmen individuelle Fahrzeuge entwickeln möchte.

Ein zweites gewichtiges Projekt, wo wir in die Gänge kommen, ist das Wildparkstadion. Da bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie mir die Chance gegeben haben, dieses wichtige Wahlversprechen zu halten, zunächst noch einmal die Standortfrage zu klären und dann aber auch dem Profifußball hier in Karlsruhe eine Zukunft zu geben. Es ist ein gewichtiger Imageträger. Man hat es bei den Relegationsspielen auch an den Zuschauerzahlen sehr deutlich ablesen können. Wir haben mit der Eigenbetriebsgründung viel für Transparenz gesorgt. 2018 geht es im Herbst los mit den Vorwegmaßnahmen, 2019 dann mit dem Stadion. Im ersten Halbjahr 2022 ist die Fertigstellung geplant. Auch da werden wir ganz wichtige Zwischenschritte in den nächsten zwei Jahren gemeinsam miteinander begehen.

Das Badische Staatstheater, ein Spitzenhaus in Baden-Württemberg und auch national, Neubau und Sanierung. Endlich wird etwas vollendet, was man seinerzeit unter Geldknappheit nur rudimentär fertiggestellt hat. Wenn ich sehe, dass man in anderen Städten bei Diskussionen ist, für über 100 Mio. Euro Interimslösungen einzurichten und immer noch keine Zufriedenheit herrscht, während wir hier mit relativ niedrigen 4 – 5 Mio. Euro für ein Interimslösung ein Gesamtpaket bekommen, das allerdings auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel abverlangt, dann sind wir hier auf einem sehr guten Weg. Wir kommen auch mit dem Land in eine gute Zielgerade. Im nächsten Jahr wird die Planung der Platzgestaltung anstehen. Wir werden das in einem Bürgerforum miteinander besprechen. Sie wissen es ja, die Kunstwerke, die dort verteilt stehen, müssen zum Teil den Erweiterungs- und Neubauten weichen. Auch viele der dort stehenden Bäume werden wir nicht erhalten können, weil die ganzen Anbauten oder die Einfahrt zur Tiefgarage und verschiedene andere Umbauten das erfordern. Da ist uns wichtig, dass man rechtzeitig mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl dafür bekommt, wie dieser Platz in Zukunft aussehen wird nach Abschluss der entsprechenden Baumaßnahmen. Wir wollen auch, dass man in eine intensive Öffentlichkeitsarbeit einsteigt, die über die verschiedenen Baufort-

schritte und die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dann immer auch zeitnah die Bürgerinnen und Bürger mit einbezieht bzw. einlädt.

Das Städtische Klinikum wird uns in den nächsten Jahren weiter sehr intensiv beschäftigen. Sie haben seinerzeit einen Trägerzuschuss von 90 Mio. Euro in den Jahren 2018 – 2025 zugesagt. Ein Drittel davon finden Sie jetzt schon in diesem Doppelhaushalt. Fertiggestellt sind Energiezentrale und Institutsgebäude. Man ist im Zeit- und Kostenrahmen geblieben. Beim Haus M sind schon zu 38 % die Gewerke beauftragt. Bisher ist der Kostenrahmen eingehalten. Für den Brandschutz und viele andere kleinere Maßnahmen sind auch noch einmal in den Haushalt Mittel eingestellt. Dies ist ein klares Bekenntnis zum städtischen Klinikum als wichtigen Maximalversorger. Nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Region und vor allem auch ein klares Bekenntnis dazu, dass es ein kommunales Krankenhaus bleiben soll und bleiben wird, mit allen Gestaltungsmöglichkeiten, die wir dadurch auch im Umfeld bekommen.

Und dann noch ein Projekt, das nicht direkt in der Zuständigkeit des städtischen Haushalts liegt, das Forum Recht, das ein ganz besonderer Leuchtturm für Karlsruhe werden wird, den Rechtsstaat erlebbar zu machen, wie es bisher nur in zwei entsprechenden ähnlichen Institutionen in Chile und Kanada möglich ist. Das in einer Zeit, wo für mich auch erst einmal in aller Dramatik deutlich wird, dass Demokratie und auch Parlamentarismus ohne Rechtsstaatlichkeit keine große Bedeutung haben kann und auch nicht funktioniert. Das spüren wir im Moment, wenn wir die Entwicklung einiger anderer Demokratien in Europa und darüber hinaus beobachten. Wer diese kleinen Wege in die Aushebelung der Unabhängigkeit der Justiz, dem Auflösen von Gewaltenteilung und damit letztendlich der Rechtsstaatlichkeit einmal geschildert bekommen wollte, der hatte am letzten Freitag dazu aus erster Hand Gelegenheit.

Auch hier steht in den nächsten Jahren in Karlsruhe an, dass wir die Bürgerinnen und Bürger - übrigens auch den Gemeinderat – intensiver beteiligen an diesem Projekt. Ein entsprechender Förderverein ist jetzt kurz vorm Eintrag ins Vereinsregister, so dass man damit auch nach außen gehen kann. Es gab aus dem Gemeinderat den Wunsch, hier auch die Kommunalpolitik stärker miteinzubeziehen. Das werden wir dann die nächsten Wochen und Monate mit Ihnen besprechen. Wir wollen aber auch nicht warten, bis das Forum Recht irgendwann einmal fertig ist und bis dahin gar nicht spürbar wird oder noch spürbarer wird, was für eine bedeutende Stadt des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit wir sind. Gerade das nächste Jahr bietet sich dafür intensiv an. Wir haben 100 Jahre Frauenwahlrecht, das zwar im Jahr 1918 schon eingeführt wurde, aber erstmals bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung in Baden deutschlandweit angewendet wurde. Wir haben 70 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention. Wir haben 70 Jahre Grundgesetz, 50 Jahre Baumgartenbau des Bundesverfassungsgerichtes. Das sind alles wichtige Jubiläen und andere mehr, die wir nutzen wollen, um die Bedeutung von Karlsruhe als Stadt des Rechtes nach außen, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern hier intensiv zu leben und zu diskutieren. Ich darf Sie jetzt schon zu unserem großen Verfassungsfest einladen. Wir hatten in den entsprechenden Aufsichtsratsgremien schon darüber gesprochen. Das Bundesverfassungsgericht plant am Tag des Grundgesetzes einen Tag der offenen Tür. Wir werden da und an den Tagen darauf ein Bürgerfest vor dem Schloss veranstalten. Wir sind gerade in Abstimmung mit Bund und Land nach einer ergänzenden Finanzierung. Wir wollen diese Jubiläen nutzen, um vor allem auch Karlsruhe als Standort des Bundesverfas-

sungsgerichts und damit als dem höchsten Hüter unserer Verfassung überregional und national wahrnehmbar zu machen.

Neben diesen einzelnen Projekten hatten wir uns darauf verständigt, dass es bestimmte große strategische Prioritäten gibt, die wir in einer neuen Organisationsform die nächsten Jahre gemeinsam angehen wollen. Sie kennen die sechs Korridor-themen. Sie kennen die damit verbundene IQ-Arbeitsweise. Wir wollen hier das, was wir aus der Projektarbeit positiv kennen, dass sich nämlich möglichst am Anfang einer Entwicklung alle Ämter und andere Institutionen, die an dem Projekt beteiligt sind, zusammensetzen, die Grundlagen klären, sich auch immer wieder miteinander abstimmen und nicht am Ende dann unterschiedliche Fachsichten und Fachmeinungen aufeinandertreffen. Das wollen wir bei dauerhaft anstehenden strategisch wichtigen Setzungen von Anbeginn an und dauerhaft installieren. Wir wollen das thematisch anknüpfen und weiterführen an das Stadtentwicklungskonzept 2020. Wir haben den Gemeinderat intensiv eingebunden. Das erscheint uns auch der richtige Prozess zu sein, um Themen wie Digitalisierung, Internationalisierung, demografischer Wandel, aber auch die hohe Fluktuation in unserer Stadt durch Zu- und Abwanderung mitzugestalten.

Bürgerbeteiligung spielt hier eine große Rolle. Die Kommunikation nach innen und nach außen ist von außerordentlicher Bedeutung. Bei allem, was wir hier schon gemeinsam vorbereitet haben und darüber überall berichten, nehmen wir eine hohe Aufmerksamkeit auf Bundesebene für das, was wir da tun, wahr. Denn es ist immer eine alte Grundherausforderung, neben den Dezernaten auch dezernatsübergreifend Projekte effizient und effektiv zum Abschluss zu bringen. Beim Bundesarbeitsministerium gelten wir als best practice Beispiel 4.0. Auch die Nominierung zu etwas, was ich bisher nicht kannte, nämlich den XING New Work Award, wo wir aus 200 Bewerberinnen und Bewerbern unter die letzten fünf gekommen sind, spricht dafür, dass wir hier an einer richtigen Thematik unterwegs sind. Auch gerade aktuell habe ich einen Brief bekommen von der Initiative Wirtschaft für Karlsruhe. Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, hatten da in einer Veranstaltung Teile unserer Korridor-themen und unseres IQ-Prozesses dargestellt. Die Wirtschaft zeigt sich in diesem Brief tief beeindruckt von dem, wie wir bei diesen Themen strategisch, aber auch in der fachlichen Abstimmung miteinander vorangehen.

Dies wird Sie auch die nächsten zwei Jahre noch intensiv begleiten und auch über die zwei Jahre hinaus. Die Kommunikation nach innen und nach außen beginnt jetzt erst. Wir wollen regelmäßig in der Öffentlichkeit wahrnehmbar werden. Wir wollen bei möglichst vielen Schritten die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Es wird auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Öffentlichkeit geben. Ein IQ-Portal wird eingerichtet, anknüpfend an das neue Mitarbeiterportal. Auf einer Timeline wird transparent werden, wie die einzelnen Teilschritte dort von wem umgesetzt werden. Am Ende des Ganzen steht, dass ich mir davon verspreche nicht nur, dass wir mit mehr Spaß und auch effizienter diese ganzen Prozesse weiter in der Verwaltung abbilden und umsetzen, sondern dass wir durch diese erhöhte Kommunikation auch zu einer ganz anderen Wahrnehmbarkeit und Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einerseits, der Bürgerinnen und Bürger andererseits mit der Arbeit der Stadtverwaltung und damit letztlich auch mit der Kommunalpolitik kommen. Da werden wir noch zu sehr in Einzelschritten und Einzelprojekten wahrgenommen und nicht in der großen Linie, die über dem Ganzen steht.



Wenn ich auf mein eigenes Korridorsthema schaue, die Zukunft Innenstadt, zeigt sich jetzt schon, wie erfolgreich das funktioniert, dass wir nicht eine Projektgruppe haben, die das Einzelhandelsgutachten begleitet, mit dessen Umsetzung CIMA aus München betraut wurde und hier zunehmend zu Fokusgruppen eingeladen wird, dass wir nicht eine andere Projektgruppe haben, die sich um das Sanierungsgebiet Innenstadt Ost kümmert, dass wir nicht eine dritte Projektgruppe haben, die sich mit der Innenstadt aus Sicht der Studierenden beschäftigt, dass wir nicht eine vierte Gruppe haben, die sich mit der Zukunft des Citymarketings auseinandersetzt, sondern dass diese Gruppen, so unabhängig sie zunächst auch an verschiedenen Stellen in der Stadt organisiert sind, sich regelmäßig zusammensetzen, sich abstimmen und am Ende eine gemeinsame Kommunikationssprache nach außen finden werden. Dazu kommt auch noch, dass es einen starken Bedarf gibt nach einer Gestaltungssatzung für die Innenstadt, dass es auch einen großen Wunsch des Einzelhandels gibt, dass wir unter dem Thema SOS – Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit – auch kurzfristiger reagieren und Missstände beseitigen. Dafür finden Sie übrigens im Haushaltsentwurf dann auch zum Teil noch die dafür zusätzlichen Mittel. Ich habe mir zum Beispiel erzählen lassen, dass man wegen dieser Aufkleber an den Laternen und Masten zum Teil auch eigenes Gerät braucht. Das ist offensichtlich Spezialkleber. Das kann man nicht einfach abkratzen. So müssen wir uns auf diese Forderungen, auf diese Missstände relativ zügig einstellen. Wir dürfen aber auch die großen Linien nicht aus dem Auge verlieren. Das City-Marketing soll neu ausgerichtet werden mit klareren Strukturen und auch entsprechenden Verantwortlichkeiten. Das alles wollen wir in einem Korridorsthema zusammenfassen, in einer übergeordneten Steuerungsgruppe aufeinander abstimmen und versuchen, es etwas einheitlicher zu machen.

Das Ganze wird noch einmal deutlich machen, die Innenstadt ist das Herzstück unserer Stadt. Hier geht es nicht nur um das Thema Einzelhandel. Hier geht es auch um Sport und Freizeit, um Natur, um Kultur, um Wissenschaft, um Kongresse, um Erholung und Genuss. Wenn wir am Ende auch noch dazu kommen, uns darüber Gedanken zu machen, wie man vielleicht den Eingang, den Eintritt in die Innenstadt kennzeichnet, wie man ihn erlebbar macht, so ähnlich wie es einmal die Altvorderen mit den entsprechenden Toren um die Innenstadt herum vor hatten, dann haben wir an der Stelle bewiesen, dass wir dieser Komplexität auch in hohem Maße nachkommen und auch die Fertigstellung der Kombilösung nutzen und dann nicht einfach irgendetwas oben zu machen, sondern alle diese Aspekte in eine gemeinsame Vorwärtsentwicklung einzubringen. Wir werden dazu – Sie haben das schon beschlossen – auch ein eigenes Ladengeschäft eröffnen, hier direkt am Marktplatz, in dem wir die Stadtwerke, aber auch die Stadt mit ihren verschiedenen Angeboten, präsentieren und den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzen lassen. Wir diskutieren über ein neues Gebäude für die Stadtbibliothek. Wir werden hier auch noch ein digitales Bürgerbüro einrichten. Wenn ich mir überlege, wenn der Marktplatz einmal fertig gestellt ist und allein diese beiden markanten Neuerungen sind eingeführt, dann wird das ein ganz anderer Erlebnisraum werden. Es wird auch ganz anders präsent sein, dass wir uns als Stadt hier den Bürgerinnen und Bürgern stellen mit unseren verschiedenen Angeboten, aber dass wir auch den Schritt in die Zukunft wagen, indem wir auch hier wieder etwas Neues ausprobieren.

Damit bin ich beim zweiten Korridorsthema, der modernen Verwaltung. Da geht es um die Einführung der Möglichkeiten der Digitalisierung. E-Government ist ein großes Thema. Online-Bürgerbeteiligung, da die Portale zu bündeln, war ein ausdrücklicher Wunsch des Gemeinderates. Auch das digitale Bürgerbüro ist ein Element, um den Bürgerservice weiterzu-

entwickeln. Für das digitale Karlsruhe haben wir Mittel vom Land bekommen, diese 880.000 Euro aus dem großen Fördertopf des Landes. Hier werden wir mit einer eigenen App, mit einer eigenen Card ganz anders in eine neue Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern treten, unter Beteiligung und Entwicklung der ganzen Szene hier in Karlsruhe. Das ist auch noch einmal ein wunderbares Beispiel für diese intensive Dreieckspartnerschaft, die wir hier pflegen, zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung, die sich immer dann wie selbstverständlich zusammenfindet, wenn es um ein abgestimmtes neues Produkt in der Entwicklung geht. Auch das von uns allen ein bisschen herbeigesehnte neue Image von karlsruhe.de steht dann vor der Vollendung.

Wir wollen aber auch unter Moderne Verwaltung das Thema Attraktive Arbeitgeberin noch stärker forcieren. Die erste Voraussetzung, so banal es klingt, ist, dass Sie uns dieses Jahr die Möglichkeit geschaffen haben, dass wir deutlich mehr Stellen einrichten können, als es ursprünglich im Haushaltsentwurf 2017/18 vorgesehen war, indem wir nämlich zur Mitte des Jahres jetzt mit dem Haushaltsansatz von 2018 annähernd die doppelte Zahl von Stellen einrichten können. Da bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Die Stadt brummt. Die gesetzlichen Auflagen der Begleitung verschiedener Prozesse werden tendenziell immer komplexer und schwieriger. Die Zahl dessen, was wir als Dienstleister machen müssen für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaftsunternehmen, für ganz viele Partner, nimmt natürlich quantitativ massiv zu. Diese Herausforderungen plus noch einige mehr, sind ohne mehr Stellen nicht zu bewältigen. Dazu kommt der Ausbau der Kinderbetreuung. Da ist jede Kindertagesstätte wieder mit Stellen verbunden. Wir wollen aber auch den Abstand, den wir zu anderen Städten haben, schließen. In andern Städten ist es im Durchschnitt möglich, in der Verwaltung schneller aufzusteigen. Wir haben hier immer noch die Regelung der zwei Jahre auf Probe für Amtsleiterinnen und Amtsleiter. Wir müssen an diesen Stellen diskutieren. Unsere Empfehlung wäre, dass wir hier das machen, was die anderen Städte nicht mehr machen, dass wir uns, um konkurrenzfähig zu bleiben, von der einen oder anderen aus meiner Sicht etwas überlebten Regelung verabschieden sollten. Wir brauchen aber auch so etwas Banales wie attraktivere Räume für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn uns schon die, die sich hier als Azubi bewerben, deutlich zu verstehen geben, dass sie bei den mitunter altertümlich anmutenden Räumen nicht dasselbe attraktive Angebot sehen, das sie vielleicht aus der Privatwirtschaft kennen, dann sollte uns das zunehmend auch zu denken geben. Ich bin sehr dankbar, dass wir hier eine ganz intensive Immobilienstrategie haben. Ich hoffe, dass wir demnächst bei einem wichtigen Gebäude, an dem wir schon länger dran sind, zu Potte kommen. Denn wir brauchen noch ein zusätzliches Gebäude in der Nähe des Rathauses, um die Dienststellen neu und modern aufzustellen und vor allem auch die vielen kleinen Standorte ein bisschen hier einzusammeln.

Wir müssen aber auch über moderne Zusatzleistungen reden, die wir als Stadt anbieten können. Da bieten sich im Bereich der Mobilität sicherlich durchaus noch Entwicklungsmöglichkeiten. Sie werden im Haushalt auch finden, dass wir einige erste Stellen schaffen wollen für Menschen mit geistiger Behinderung, weil wir hier auch unserem Inklusionsvorbild gerecht werden möchten. Wir wollen auch 2019 mit fünf Ausbildungsstellen für Geflüchtete einsteigen in diese Thematik. Ich bin sehr gespannt. Ich möchte schon die neuen Programme ankündigen, die sich aus dem neuen Arbeitsmarktgesetz ergeben können, dass es nämlich möglich ist, Menschen, die sechs Jahre im Leistungsbezug sind, für bis zu fünf Jahre befristet zu beschäftigen und der Bund übernimmt am Anfang 100 % der Lohnkosten. Das wird im Laufe der fünf Jahre auf 70 % abgeschmolzen. Das Jobcenter meldet mir zurück, dass man etwa 80 – 120 Personen in Karlsruhe im Auge hat, die dafür

in Frage kämen. Das sind gute Aussichten, um auch hier die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik auf kommunaler Ebene weiterzuführen. Aber es sind natürlich auch nicht nur wir, die hier gefragt sind, sondern es sind auch Angebote, wo wir bei anderen Institutionen und vor allem in der Wirtschaft dafür werben sollten.

Das dritte Korridorsthema, Soziale Stadt, beinhaltet das Weißbuch Schulen. Wir brauchen dringend eine Übersicht über die Leistungsfähigkeit und die Ausstattung der verschiedenen Schulen. Im Bereich der Digitalisierung haben wir das schon gemacht. In vielen anderen Bereichen brauchen wir das noch. Wir müssen es auch endlich schaffen, eine durchgängige Sprachförderung von der Kita bis über die Schule hinaus sicherzustellen. Wir wollen weiter an dem Thema arbeiten, dass allen Menschen in dieser Stadt, vor allem auch allen jungen Menschen, jedes Angebot von Bildung, jedes Angebot von Kultur offen steht und wir insgesamt die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht als Nachteil sondern als positive Herausforderung begreifen.

Das Thema Teilhabe gibt uns damit auch noch einmal einen richtigen rechtlichen Rahmen. Über unseren Karlsruher Pass und über den Kinderpass haben wir eigentlich diese Teilhabe schon gelebt, ohne dass die Begrifflichkeit im offiziellen Sprachgebrauch immer schon so angekommen ist. Wir müssen aber und wollen weiter die Kindertagesstätten ausbauen, nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ. Wir werden in unserer Veränderungsliste die Programme aufnehmen, die Sie in den entsprechenden Fachausschüssen schon für gut befunden haben: Familienhebammen und frühe Prävention, die Inklusion in Ganztagsgrundschulen und der ergänzenden Betreuung, Familienzentrumsausbau, Quartiersentwicklung 2020. Das sind alles Themen, wo wir da ansetzen, dass wir sagen, die Menschen brauchen vor allem auch in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung, in der Quartiersentwicklung Anreize, sich sozial zu vernetzen, sich gegenseitig zu unterstützen, aber auch die Unterstützung von der Stadt zu erfahren, auf die sie angewiesen sind, um an der Gesellschaft und der Entwicklung einer eigenen Biografie teilzuhaben. Sie wissen es, wir tun das unter dem Ansatz der entsprechenden Einbindung sozialer Träger und auch ehrenamtlicher Organisationen, weil es hier nicht darum geht, dass die Stadt am Ende alles machen soll, sondern im Sinne einer ergänzenden Unterstützung beziehen wir alle Angebote mit ein.

Wir haben auch heute schon im Bereich der Kindertagesstätten eine durchaus mit anderen Städten vergleichbar gute Förderung, sowohl für die Eltern als auch für verschiedene Institutionen. Die Geschwisterkindregelung, der Anteil derer, die wirtschaftliche Jugendhilfe und einen Ausgleich für die Kindergartengebühren bekommen, die Förderung der praxisintegrierten Ausbildung, aber auch die Höhe der Investitionsförderung für freie Träger, alle diese vier Punkte sind in Karlsruhe deutlich besser ausgebaut und es werden stärkerer Mittel bereitgestellt, als das in anderen Städten der Fall ist. Wir werden im Herbst intensiv darüber zu diskutieren haben, ob auf dieser Grundlage noch eine weitergehende Gebührenfreiheit für die Eltern der richtige steuernde Weg ist, oder ob wir nicht doch noch stärker in die Investition in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung einsteigen sollten. Auch Familienzentren sind etwas, das knüpft meist an Kindertagesstätten an, die aus meiner Sicht am Ende bessere Steuerungseffekte und auch ein Mehr an Qualität bieten, als den Eltern, von denen ich zumindest nicht wahrnehme, dass es große Beschwerden gibt, jetzt hier entgegenzukommen. Was ich vom Grundsatz her übrigens trotzdem für richtig finde, aber nicht den Eindruck habe, dass es jetzt unsere vorrangige und vor allem auch kommunale Aufgabe sein sollte.

Was wir im Zusammenhang mit sozialen Themen sicherlich auch noch einmal besprechen müssen, ist das Thema nach welchen Regeln wollen wir in Zukunft zusammenleben. Wir erleben ein hohes, zum Teil steigendes Unsicherheitsgefühl, was sich aber durch die realen Entwicklungen entsprechender Delikt- und Ordnungswidrigkeiten nicht abbildet. Ich glaube mittlerweile, aber da bin ich gespannt, ob das Sicherheitsaudit das auch entsprechend rückmeldet, dass es die Wahrnehmung der Menschen ist, dass es zwar gewisse Regeln des Zusammenlebens gab, dass sie sich aber nicht mehr so darauf verlassen können, dass es allen noch klar ist. Das hat etwas mit Sauberkeit im öffentlichen Raum zu tun. Das hat zum Teil aber auch etwas mit Verhalten zu tun. Vielleicht sollten wir uns die nächsten Jahre auch noch einmal vornehmen, jetzt nicht nur darüber zu diskutieren, ob wir dann durch ein Mehr an KOD oder vielleicht auch restriktiveres Auftreten das Gefühl versuchen können zu steigern, oder ob wir nicht noch stärker auch eine bürgerschaftliche Diskussion darüber beginnen sollten, wie wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger, dass man sich denn untereinander und miteinander verhält, und damit dieses Thema vielleicht wieder etwas stärker in das Bewusstsein vieler Menschen zu rücken.

Das vierte Korridorthema Wirtschaft und Wissenschaft will ich nur cursorisch anschneiden. Da ist eine Vielzahl von schon erfolgreich im Umbruch und in der Umsetzung befindlicher Leitprojekte. Beim Hauptbahnhof-Süd ist Anfang 2020 die Eröffnung des ersten Abschnitts geplant. Wir arbeiten gerade an einem Konzeptwettbewerb, um das verbleibende westliche Stück dann auch in einen Wettbewerb zu bringen, wer uns das beste Konzept vorlegt, damit wir auch den westlichen Abschnitt südlich des Hauptbahnhofs entwickeln können. Die Stadthalle steht in einer Sanierung. Auch das ist für mich nach wie vor ein wirklich bemerkenswerter verantwortlicher Schritt, trotz der schwierigen Haushaltslage in den letzten Jahren, sich zu diesem großen Sanierungsschritt zu bekennen und jetzt auch, ohne dass wir hier in ein Klein-Klein der politischen Auseinandersetzung gegangen sind im letzten Gemeinderat, die überarbeitete entsprechenden kostenkontrollierte Planung mitzugehen.

„karlsruhe.digital“, diese wirklich herausragende Initiative von 150 Expertinnen und Experten aus 50 Institutionen wird weitergeführt. Wir haben das Thema Infrastruktur und Flächen. Da gilt es jetzt, die Erfahrung, die wir auch aus dem REGEKO-Projekt haben, weiter anzuwenden und umzusetzen. Das Aktionsprogramm Handwerk ist vor allem auch ein ganz wichtiger Schulterschluss mit dem Rückgrat der lokalen Wirtschaft und auch der ganzen Stadtentwicklung. Sie kennen das alle selber, wenn Sie auf Handwerkerinnen und Handwerker angewiesen sind.

Die grüne Stadt als fünftes Korridorthema gibt es in Karlsruhe eigentlich schon seit 303 Jahren, denn so sind wir einmal angelegt mit einem Wohnbereich, einem Schloss in der Mitte und einem Grünbereich. Damals ging es eher um Fasanenjagd und später die Tulpenzucht. Heute ist das ein wichtiger Naherholungsbereich und schon stadtklimatisch von allerhöchster Bedeutung. Es waren auch die Bürgerinnen und Bürger, die eine weitere Eroderung dieser grünen Stadt verhindert haben. Ich erinnere an die Bürgerinitiative gegen die Bebauung des Beiertheimer Feldes oder auch, wenn ich mir die Nordtangentialdiskussion über die vielen Jahre und Jahrzehnte anschau. Wir müssen uns dennoch auf einen Klimawandel einstellen, der vier bis sechs Grad durchschnittliche Steigerung der Durchschnittstemperatur in den nächsten Jahrzehnten prognostiziert. Mit den entsprechenden Klimaschutzprogrammen müssen wir noch mehr Gas geben. Zwar gab es zwischen den Jahren 2007 und 2015 einen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Produktion von 11,3 auf 8,3 t/Jahr. Aber im Moment stagniert dieser Prozess wieder etwas. Das ist allerdings auch nicht nur in Karls-

ruhe so. Wir wollen hier weiter diese Programme fortsetzen und an diesem Thema dran bleiben.

Bei den Landschaftsschutzgebieten konnten mit der Giesbachniederung 2016 und Oberwald-Rießnert 2018 neue Schritte gemeinsam mit Ihnen gegangen werden. Meine Vorstellung wäre, dass es möglich sein müsste, pro Jahr mindestens ein weiteres Landschaftsschutzgebiet oder ein großflächiges Naturschutzdenkmal zu widmen. Wir erleben hier aber, dass wir auch gerade durch Fluktuation und andere Prozesse immer am Rande unserer Kapazitäten sind, die entsprechenden Vorbereitungen und juristischen Umsetzungen dann auch zu vollführen. 60 Projekte hat das Gartenbauamt im Rahmen des Freiraumentwicklungsplans vorgeschlagen. Das Thema Biodiversität sollte uns in den nächsten Jahren noch einmal ein ganz besonderes Thema sein. Wir werden Ihnen auch im Rahmen des Stellenplans vorschlagen, dass wir uns zusätzliche Kapazitäten schaffen. Zur Biodiversität kann jeder beitragen. Es gibt einen Reichtum in jeder Ecke der Stadt wahrzunehmen und zu fördern. Das sollte auch erlebbar werden. Ich glaube, dass wir hier insofern auch noch ein besonderes Alleinstellungsmerkmal nach außen hin entwickeln können. Wenn ich mir anschau, welche verschiedenen Waldprofile wir vom Auenwald direkt am Rhein bis zum Eichenwald oben auf der Höhe haben, dann unterscheidet uns das von vielen anderen Städten schon allein in dieser Vielfalt. Das noch stärker zu kennen, das noch stärker zu fördern und das noch stärker nach außen als entsprechendes attraktives Angebot zu formulieren, trägt dazu bei, dass wir Biodiversität nicht nur in der Theorie wahrnehmen, sondern dass wir es auch nach innen leben und auch weiterentwickeln. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schwerpunkt, den wir hier in den nächsten Jahren noch stärker in den Fokus nehmen sollten.

Das letzte und nicht minder wichtige Korridorsthema Mobilität erfährt mit dem RegioMove-Projekt 2020 einen ersten wichtigen Zwischenschritt. Da soll der Prototyp für die App an den Start gehen, in der alle Mobilitätsangebote und Informationen über die Mobilitätsarten hinweg in der Stadt und in der Region gebündelt sind für die Bürgerinnen und Bürger, verbunden damit, dass man dann auch dort diese Mobilitätsarten bestellen und auch abrechnen kann. Ich erinnere an den Verkehrsentwicklungsplan, den Sie mitbeschlossen haben. Wir rechnen damit, dass die weitere Anbindung von Knielingen an die Stadtbahn 2020 fertiggestellt ist. Wir sind in letzten Abstimmungsrunden, wie die S31/S32 in die Innenstadt eingeschleift werden soll. Auch die Turmbergbahnsanierung und der Anschluss direkt an die Endhaltestelle in Durlach sind schon beschlossen. Sie sehen, neben der Kombilösung gibt es noch viele wichtige Projekte im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die uns in den nächsten Jahren bevorstehen und damit das Angebot insgesamt attraktiver machen.

Die Fahrradwegkonzeption muss fortentwickelt werden. Wir müssen uns auch zunehmend der Frage stellen, wie bekommen wir die verschiedenen Verkehrsarten auf den wenigen Flächen so verteilt, dass es nicht zunehmend zu Gefährdungen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer kommt. Ich bin ganz gespannt auf die Erkenntnisse des Fußgängerprojektes „Karlsruhe Go“, das mit einer siebenstelligen Summe vom Land gefördert wird und an der Hochschule für Technik und Wirtschaft umgesetzt wird. Leider können wir das Carsharing noch nicht aus den Hinterhöfen so herausholen, wie ich mir das vorstellen würde und wie es auch von der Bundesgesetzgebung möglich ist, weil die entsprechende Umsetzungsverordnung immer noch nicht auf den Weg gebracht wurde. Es gibt leider immer noch nicht einmal ein Schild, mit dem ich im öffentlichen Straßenraum das Carsharing

markieren kann, nebst einiger anderer noch zu klärender Dinge. Wir werden das Gehwegparken noch in diesem Jahr abschließen, auch wenn es an vielen Orten jetzt doch zu deutlichen Diskussionen führt.

Als Leitprojekt ist der nachhaltig mobile Stadtteil geplant, ein wichtiges Leitprojekt, das wir auf dem früheren C-Areal, auf dem Areal „Zukunft Nord“, das von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen auch pre-zertifiziert ist und dann zertifiziert werden soll, umsetzen möchten. Ich erwarte mir da auch ein wichtiges Modell dafür, dass man noch in bestehenden Stadtteilen dann in eine Umsetzung gehen kann. Im Moment reagieren die Menschen zum Teil – aus persönlicher Sicht durchaus nachvollziehbar – etwas kritisch, wenn es darum geht, öffentlichen Straßenraum freizuräumen und stärker der öffentlichen Nutzung nicht nur fürs Parken zur Verfügung zu stellen. Da brauchen wir so ein wichtiges Quartier, das uns einmal zeigt, wie es auch geht. Wenn man dann feststellt, das steigert die Lebensqualität und bringt am Ende allen etwas, dann können wir das auch in Zukunft anderweitig verstärkt umsetzen.

Ich glaube dennoch, dass bei allen Dingen, wie wir jetzt tun im Bereich der Mobilität – ich hatte viele davon erwähnt -, wir uns doch im Laufe der zwei Jahre darüber unterhalten müssen, wie wir ein Gesamtentwicklungskonzept für Mobilität in der Stadt und in der Region aufstellen sollten. Nachdem wir die technische Zusammenführung der verschiedenen Mobilitätsarten hinbekommen haben, den Endausbau der einzelnen Mobilitätsarten, sollten wir noch einmal in einer Gesamtschau miteinander diskutieren, wie sich Mobilität auch durch entsprechende Lenkungen weiterentwickeln soll. Für die Innenstadt werden wir das mit Sicherheit vorgezogen noch einmal separat diskutieren müssen. Denn da gibt es durchaus sehr widersprüchliche Vorstellungen und auch Anforderungen. Die Diskussion um die südliche Waldstraße ist vielleicht eine prototypische Diskussion, die man eigentlich fast an jeder Stelle in der Stadt führen würde, wenn man intensiver mit den verschiedenen Nutzungsgruppen in einer Diskussion stehen würde.

Dafür und für noch viel mehr würde dieser Haushaltsentwurf uns und Ihnen die Möglichkeiten geben, kreativ unter Nutzung neuer Ideen und unter zügiger Umsetzung die Dinge voranzubringen. Ich freue mich jetzt auf die kritische und konstruktive Diskussion, die wir in den nächsten Monaten in gemeinsamer Verantwortung, aber auch mit großem Vertrauen untereinander und füreinander führen wollen und führen können.

Ich möchte mich abschließend ganz herzlich bedanken bei allen städtischen Dienststellen und den städtischen Gesellschaften für die Vorbereitungen zu diesem Haushaltsentwurf. Sie wissen, was es für die Gesellschaften bedeutet, schon vorzeitig Wirtschaftspläne für das nächste Jahr aufzustellen, was so vorgezogen auch alles andere als einfach und banal ist. Ich darf mich bei der Kämmerei und auch bei den verschiedenen anderen Beteiligten, die dann am Ende das ganze zusammenführen müssen, ganz herzlich bedanken, namentlich bei Thorsten Dollinger und bei der Ersten Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz.

Ich darf mich bei Ihnen, den Stadtratskolleginnen und –kollegen abschließend bedanken für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren, ich bin mir aber sicher, auch in den nächsten Monaten der gemeinsamen Haushaltserstellung. Nutzen Sie Ihr Königsrecht. Streiten Sie mit uns. Diskutieren Sie mit uns. Lassen Sie uns am Ende aber einen gut zu vertretenden, auch genehmigungsfähigen und zukunftsweisenden Haushalt beschließen. Wir haben von unserer Seite versucht, das maximal Mögliche in den Haus-

haltsentwurf einzubringen. Jetzt warten wir auf Ihre Zurufe und Diskussionsbeiträge. Am Ende wird es ein weiterer wichtiger und guter Meilenstein für die Entwicklung unserer Stadt werden.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** (vom Rednerpult, powerpoint-unterstützt): „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ Dieses Zitat stammt von Albert Einstein und passt, wie ich finde, sehr gut zur Einbringung eines Doppelhaushalts: Wir blicken einerseits in die Vergangenheit, richten unseren Blick aber in besonderer Weise auf die zukünftigen Entwicklungen und Vorhaben.

Dies wurde bereits in den Überschriften zu meinen letzten beiden Haushaltsreden deutlich: „Mit Blick auf die Zukunft nachhaltig und verantwortungsvoll handeln“ oder: „Mit Mut priorisieren, mit Weitblick stabilisieren, um Karlsruhe auch zukünftig aktiv zu gestalten.“

Die Zukunft spielt auch bei meiner heutigen Rede eine gewichtige Rolle. Die beiden Kernaussagen der vergangenen Jahre „verschmelzen“ dabei zu „Gestaltungsspielräume für die Zukunft mit Verantwortung und Weitblick erhalten.“

Warum verwende ich diese eher verhaltene Aussage, wenn der Planentwurf doch ein umfangreiches Investitionsprogramm vorsieht und zugleich die positive konjunkturelle Lage hervorgehoben wird? 550 Mio. Euro – das ist der Betrag, den die Stadt Karlsruhe im kommenden Doppelhaushalt in die städtische Infrastruktur investieren wird. Werden die vielfältigen Aktivitäten der städtischen Beteiligungsgesellschaften hinzugenommen, werden im Gesamtkonzern in den nächsten beiden Jahren zusammen rund 1,35 Mrd. Euro investiert. Um diese meines Erachtens stolze Summe heute präsentieren zu können, waren in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen notwendig.

Mitte 2015 startete der Haushaltsstabilisierungsprozess mit dem Leitlinienbeschluss. Ein erstes Maßnahmenpaket haben Sie mit dem letzten Doppelhaushalt beschlossen. Dies war nicht einfach sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für Sie, meine Damen und Herren Stadträte. Für Ihr konsequentes und gemeinschaftliches Handeln möchte ich mich herzlich bedanken. Hierdurch erzielten wir ein Ergebnisverbesserungspotential von 220 Mio. Euro. Dieses eröffnet uns – zusammen mit der positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung in Deutschland – die Spielräume, die für Investitionsprojekte in unserer Stadt dringend benötigt werden. Dennoch wird uns das Thema der Haushaltsstabilisierung auch künftig begleiten. Zum Beispiel werden in den Arbeitsgruppen „Gesamtstädtischer Einkauf“, „Digitaler Rechnungsgang“ und „Investitionsmanagement“ weitere Vorschläge erarbeitet, die dazu beitragen, die notwendigen strukturellen Veränderungen konsequent fortzuführen.

Karlsruhe ist ein starker Wissenschaftsstandort. Karlsruhe ist eine Stadt, in der die Menschen gerne leben, studieren oder arbeiten, eine Stadt, in der sie sich wohl fühlen und für sich und ihre Familie eine Zukunft aufbauen. Deshalb wachsen wir. Hatten 2011 noch 297.488 Einwohnerinnen und Einwohner ihren Erstwohnsitz in Karlsruhe, waren es 2017 bereits 311.006. Karlsruhe ist Zentrum der TechnologieRegion, einer der wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland. Und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten selten so gut wie heute: Die Zahl der Arbeitslosen hat den tiefsten Stand seit Mitte 1991 erreicht. Die Arbeitslosenquote im Stadtkreis Karls-

ruhe liegt bei nur 4 %. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg von 158.268 Personen in 2010 auf 176.296 in 2017 an. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist im Vergleich der Jahre 2010 zu 2017 unverändert. Dies bedeutet, dass überwiegend hochwertige Arbeitsplätze entstanden sind.

Wachstumsmotor ist der Dienstleistungsbereich. Insbesondere die Wirtschaftszweige Informations- und Kommunikationstechnik, Forschung und Entwicklung sowie unternehmensnahe Dienstleistungen zeigen eine dynamische Entwicklung. Der Bereich IKT nimmt seit Jahren eine herausragende Position ein. Und wir stärken diesen nachhaltig mit dem Engagement im Cyberforum oder mit der Unterstützung von Unternehmensgründungen wie beim CyberLab. Hinzu kommt die Initiative karlsruhe.digital. Gemeinsames Ziel der Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ist es, Karlsruhe als Motor der Digitalisierung zu positionieren. Im Bereich der IKT-Gründungen nimmt Karlsruhe deutschlandweit eine Spitzenposition mit 3,1 Gründungen je 10.000 Erwerbsfähige ein und steht damit auf Rang 9 aller deutschen Stadt- und Landkreise. Diese Position gilt es zu halten und auszubauen.

Die produzierende Wirtschaft, deren Anteil in Karlsruhe in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist, darf dabei nicht vergessen werden. Einen neuen Impuls im Gründungsbereich wird der kürzlich beschlossene Smart Production Park setzen. Zugleich ist es Ziel des IQ-Leitprojekts Aktionsprogramm Handwerk, gemeinsam mit den Handwerksverbänden die Zukunft für das Handwerk in der Fächerstadt nachhaltig zu stärken und die Versorgung der Bevölkerung mit dessen Dienstleistungen zu sichern. Das Konzept des Kreativparks Alter Schlachthof findet bundesweit Anerkennung. Insgesamt sind dort 850 Arbeitsplätze in 140 Unternehmen registriert. Das Perfekt Futur wurde 2013 eröffnet und hat in seinen Containern bisher 75 Firmen aufgenommen. Erfreulich ist, dass 76 % der Gründungen, die im Perfekt Futur starteten, aktuell noch am Markt sind. Diese Unternehmen haben bis heute insgesamt 175 Arbeitsplätze geschaffen.

Dass sich eine positive wirtschaftliche Entwicklung unmittelbar auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt auswirkt, zeigt die Gewerbesteuer, unsere wichtigste Einnahmequelle. 2016 machte sie mit 258 Mio. Euro netto mehr als die Hälfte der Steuereinzahlungen aus. Pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem entsteht ein fiskalischer Effekt von 1.484 Euro. Offensichtlich wird die Wertigkeit eines Arbeitsplatzes, wenn die ergebnis- und beschäftigungsrelevanten Steuern, also die Gewerbesteuer netto, der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sowie die Grundsteuer, zusammen betrachtet werden. Hier ließ sich 2016 ein durchschnittlicher fiskalischer Effekt eines Arbeitsplatzes in Karlsruhe von 1.930 Euro feststellen. Wohnte der Beschäftigte zudem in der Fächerstadt, erhöhte sich dieser Effekt durch die Einbeziehung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer um 1.409 Euro auf rund 3.339 Euro je Arbeitsplatz. An dieser Stelle mein eindringlicher Appell: Gestalten wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen so, dass die vorhandenen Arbeitsplätze zukünftig gesichert und ausgebaut werden können!

Die Stadt kann einen konkreten Beitrag durch die Entwicklung von Gewerbegrundstücken leisten. 2016 und 2017 konnten durch Verkäufe städtischer Gewerbegrundstücke 7.060 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise geschaffen werden. Dies ergab einen fiskalischen Gesamteffekt von 17,8 Mio. Euro. Die ersten Ergebnisse aus der Aktualisierung der Gewerbeflächenstudie 2012 zeigen, dass sich die damals beschriebene kritische Situation weiter verschärft hat und dass die Digitalisierung keine signifikanten Reduzierungen der prog-



nostizierten Flächenbedarfe nach sich ziehen wird. Vielmehr wird unser kommunales Gewerbeflächenpotential in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Zwar wird an der Innenentwicklung mit Hochdruck gearbeitet, jedoch wird deutlich: Hier benötigen wir einen langen Atem. Kurzfristige Effekte aus dem REGEKO-Projekt bleiben hinter den Erwartungen zurück. Gleichzeitig haben sich die vom Gemeinderat beauftragten Verhandlungen über interkommunale Kooperationen als langwierig und teilweise nicht realisierbar erwiesen. Uns muss bewusst sein, dass ohne Neuausweisung von Gewerbeflächen die wirtschaftliche und damit finanzielle Weiterentwicklung der Stadt stark eingeschränkt wird. Auch unsere Industriegebiete dürfen nicht durch Umnutzungsstrategien geschwächt werden. Sei es der Rheinhafen oder das Siemensareal – Industriegebiete in Karlsruhe müssen nachhaltig gesichert werden.

Datenautobahnen sind die Autobahnen des 21. Jahrhunderts. Schnelles Internet ist heute ein wesentlicher Standortfaktor. Karlsruhe will und muss den Anspruch haben, das Glasfasernetz flächendeckend auszubauen. Wir sind auf diese Autobahn bereits aufgefahren: Durch die TelemaxX ist für Geschäftskunden eine Versorgung mit TK-Dienstleistungen im Gigabit-Bereich bereits sicher gestellt. Jedoch ist uns bewusst, dass es Nachholbedarf gerade in kleineren Gewerbegebieten gibt. Als „weißer Fleck“ fällt lediglich das Industriegebiet Rheinhafen unter das Bundesförderprogramm, bei dem eine 80-prozentige Ausbauförderung möglich ist. Im Übrigen können keine Fördermittel aus den Bundes- oder Landesprogrammen akquiriert werden, da aufgrund der europäischen beihilferechtlichen Vorgaben nur Gebiete mit weniger als 30 Mbit/s gefördert werden dürfen. Karlsruhe liegt darüber. Um hier Veränderungen zu erreichen, muss der Bund den dafür erforderlichen EU-Notifizierungsprozess schnellstmöglich angehen.

Die Digitalisierung der Karlsruher Schulen befindet sich auf einem guten Weg. Partner sind die Stadtwerke Karlsruhe, die zudem den kontinuierlichen LWL-Netzausbau für Privatkunden planen. Innerhalb der Stadtverwaltung steht der Ausbau der digitalen Services, aber auch der Aufbau einer Bürger-App auf der Agenda. Insgesamt müssen wir aber an dem Thema Glasfaserausbau strukturierter und schlagkräftiger arbeiten.

Nach der Sommerpause werden wir Ihnen den Jahresabschluss 2017 vorlegen, der sowohl die ersten Verbesserungen aus der Haushaltsstabilisierung als auch die ungeplanten Ertragssteigerungen aus Gewerbe- und Einkommensteuer sowie dem Kommunalen Finanzausgleich enthält. Ebenso positiv, wenn auch deutlich geringer, kann das Ergebnis für das Wirtschaftsjahr 2018 prognostiziert werden. Uns allen muss bewusst sein, dass eine solche gute Entwicklung der Steuereinnahmen nur mit unseren Karlsruher Betrieben und deren engagierten Beschäftigten möglich ist. Durch den dadurch erwirtschafteten Überschuss im Ergebnishaushalt sind wir in der Lage, die geplanten Investitionen in die städtische Infrastruktur ohne Kredite zu realisieren. Damit können wir auf die geplante Kreditaufnahme im Haushalt 2017/18 von 217 Mio. Euro verzichten. So erhalten wir uns die Spielräume für zukünftige Haushaltsjahre. Und dies ist ganz im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik und Generationengerechtigkeit.

Einziges Manko bei dieser positiven Gesamtentwicklung ist, dass in 2017 und auch in 2018 das geplante Investitionsprogramm nicht vollständig abgearbeitet werden konnte bzw. kann.

Im Haushaltsplanentwurf für 2019 und 2020 wird der Schwung der beiden vorangegangenen Jahre aufgenommen. Im Ergebnishaushalt wird in 2019 mit einem positiven Ergebnis von 24,3 Mio. Euro und in 2020 von 10,6 Mio. Euro gerechnet. Der Entwurf entspricht – wie auch der letzte Doppelhaushalt – den gesetzlichen Vorgaben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es ist uns gelungen, der Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen auch aufgrund Ihrer Beschlüsse aus dem Haushaltsstabilisierungsprozess kraftvoll entgegenzuwirken. Wir erwirtschaften in den beiden Jahren so viele Erträge, dass alle Aufwendungen gedeckt sind – einschließlich der Abschreibungen auf das Vermögen. Gerade wegen dieser positiven Entwicklung hat die Finanzbürgermeisterin die schwierige Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen und auf mögliche Risiken hinzuweisen. „Quidquid agis prudenter agas et respice finem“, was übersetzt bedeutet „Was immer du tust, handle klug und bedenke das Ende“, komme ich dieser Aufgabe nach und erinnere an meine verhaltene Aussage von oben: Gestaltungsspielräume für die Zukunft mit Verantwortung und Weitblick erhalten. Dass der mahnende Zeigefinger durchaus berechtigt ist, zeigt sich beim Blick auf die Entwicklung der Gesamterträge und Gesamtaufwendungen in den Jahren 2021 bis 2023. Auf diese Entwicklung werde ich später noch eingehen. Deswegen kommen wir zunächst zu den Entwicklungen der Erträge und der Aufwendungen im Planentwurf.

Die Gesamterträge haben sich seit 2007 kontinuierlich erhöht. Wurden in 2010 insgesamt 953 Mio. Euro erzielt, werden in 2019 mit 1,38 Mrd. Euro und in 2020 mit 1,42 Mrd. Euro geplant. Weil aktuell die führenden Wirtschaftsinstitute ihre Konjunkturprognosen für die kommenden Jahre reduzieren, gehen wir in der Mittelfristigen Finanzplanung von nur leicht steigenden Erträgen aus. Die Gewerbesteuer ist zwar die wichtigste Ertragsquelle, aber wie Sie wissen, keine beständige und belastbare Größe, da sie sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Wir planen 2019 und 2020 mit Bruttoerträgen von je 325 Mio. Euro. Dies bedeutet im Vergleich zu den Planwerten 2017 und 2018 eine Erhöhung um je 60 Mio. Euro. Da über die Gewerbesteuerumlage Bund und Land an der Gewerbesteuer der Kommunen beteiligt werden, trägt die Gewerbesteuer leider nicht in voller Höhe zur Finanzierung unserer Aufgaben bei. Von den eingeplanten 325 Mio. Euro werden lediglich 273,6 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen über die Verwendung der Solidarpaktumlage haben wir in unserer Planung keine Reduzierung der von uns zu zahlenden Gewerbesteuerumlage vorgenommen. In 2017 profitierte Karlsruhe teilweise von sehr hohen Gewerbesteuernachzahlungen aus den Vorjahren, die so nicht zu erwarten waren. Wir sind gut beraten, diese Spitzen als das zu betrachten, was sie sind, nämlich Ausnahmen und sie nicht als Regelerwartung einzuplanen. Zudem folgen hieraus mit zwei Jahren Verzögerung deutlich geringere Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Den Kommunen stehen 15 % des Einkommensteueraufkommens zu. Die Aufteilung erfolgt mit Hilfe von Schlüsselzahlen, die sich nach den Einkommensteuerleistungen der Menschen am Wohnort bemessen. Wir erwarten aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer 190,8 Mio. Euro in 2019 und 201,8 Mio. Euro in 2020. Auf der Abbildung sehen Sie, dass sich unser Einkommensteueranteil von 2011 bis 2020 nahezu verdoppeln wird. Mit einem Plus von rund 90 Mio. Euro ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer nach der Gewerbesteuer die zweitgrößte Ertragsposition. Natürlich ist die gute konjunkturelle Entwicklung ausschlaggebend, aber auch der Gemeinderat trägt mit seinen Entscheidungen dazu bei, dass sich die Beschäftigungs- und Einwohnerzahlen und somit die zugrunde liegende Lohnentwicklung positiv gestalten.

Sehr beständig entwickelt sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der ebenfalls mit Hilfe von Schlüsselzahlen, die auf der konjunkturellen Entwicklung fußen, festgesetzt wird. Die Erhöhung ab 2017 ist unter anderem auf die Entlastung der Kommunen durch den Solidarpakt zurückzuführen.

Die wesentlichen Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich stellen die Schlüsselzuweisungen, die Kommunale Investitionspauschale sowie die Ersatzleistungen für die Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich dar. Mit 281,5 Mio. Euro in 2019 und 305,1 Mio. Euro in 2020 bewegen wir uns auch hier auf einem sehr hohen Niveau. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass wir eine höhere Finanzausgleichsumlage zahlen müssen.

An dieser Stelle kurz zur Zweitwohnungssteuer: Mit knapp 1.700 Steuerpflichtigen ist sie vor kurzem eingeführt worden. Um keine Zweitwohnungssteuer zahlen zu müssen, haben rund 3.500 Karlsruher Bürgerinnen und Bürger ihren Nebenwohnsitz aufgegeben und stattdessen ihren Hauptwohnsitz in Karlsruhe angemeldet. Dies hat positive Auswirkungen auf die Ertragsentwicklung aus dem Kommunalen Finanzausgleich, der in seiner Grundlagengerechnung auf die gemeldeten Erstwohnsitze zugreift. So rechnen wir – beide Effekte zusammen genommen – seit Einführung 2017 für den Konsolidierungszeit bis 2022 mit einem Ergebnisverbesserungspotential von über 40 Mio. Euro – zur Erinnerung: geplant waren 14 Mio. Euro.

Alle Ertragspositionen wurden mit der gebotenen kaufmännischen Sorgfalt geplant, dennoch sind Unsicherheitsfaktoren stets vorhanden. Auf einige Risiken möchte ich explizit hinweisen:

Nach dem Koalitionsvertrag sollen in dieser Legislaturperiode im Kommunalen Finanzausgleich neben den Bemessungsgrundlagen Steuerkraft und Einwohnerzahl ein Flächenfaktor sowie ein Demografiebonus eingeführt werden. Die Folge wären interkommunale Verschiebungen und zwar zu Lasten wachsender Städte. Auch wir in Karlsruhe wären betroffen. Infolge seiner Selbstverpflichtung, die Schuldenbremse einzuhalten, überlegt das Land, die Steuerzuführung in den Kommunalen Finanzausgleich von aktuell 23 %, dem sogenannten Verbundsatz zu reduzieren. Dann stünde Karlsruhe weniger Erträge zur Verfügung. Zudem würde ein Scheitern oder eine Verzögerung der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Grundsteuerreform zu Grundsteuer ausfällen ab 2020 führen. Jedes Schwächeln der Wirtschaft wird unmittelbare Auswirkungen auf unsere Ertragsseite haben, die zu 80 % aus Steuern und Zuweisungen besteht.

Kommen wir nun zu den Herausforderungen bei der Entwicklung der Aufwendungen. Die Gesamtaufwendungen des Planentwurfs belaufen sich für 2019 auf 1,35 Mrd. Euro und für 2020 auf 1,4 Mrd. Euro. Was sind nun aber die großen Herausforderungen in diesem Doppelhaushalt sowie in den Folgejahren? Es lassen sich drei Bereiche identifizieren:

- Die kontinuierliche Steigerung der Aufwendungen im Bereich Soziales und Jugend
- Der steigende Personalaufwand mit der demografischen Entwicklung und
- Die Entwicklung im Personennahverkehr.

Zunächst zum Bereich Soziales und Jugend:

Die Gesamtaufwendungen für Soziales und Jugend inklusive der Abschreibungen und Personalaufwendungen sind seit 2011 mit 308,7 Mio. Euro kontinuierlich angestiegen und werden in 2019 bei 484,5 Mio. Euro und in 2020 bei 504,6 Mio. Euro liegen. Die Mittelfristige Finanzplanung prognostiziert bis 2023 einen weiteren Anstieg auf bis zu 547,8 Mio. Euro. Stellt man diesen Aufwendungen die Erträge aus Bundes- und Landesmitteln gegenüber, verbleiben im Jahr 2019 315,8 Mio. Euro und im Jahr 2020 334,1 Mio. Euro, die aus städtischen Mitteln gedeckt werden müssen.

Schon beim letzten Doppelhaushalt lenkte ich Ihren Blick auf die Entwicklung der Leistungen aus der Eingliederungshilfe. Bezogen 2011 insgesamt 1.629 Personen Leistungen der Eingliederungshilfe, waren es 2017 1.925. Betrugten die Bruttoausgaben 2011 noch 41,5 Mio. Euro, stiegen sie in 2017 bereits auf 56,4 Mio. Euro an. In 2019 planen wir 61,4 Mio. Euro und in 2020 mit 63,9 Mio. Euro. Damit steigt auch der städtische Anteil. Das stufenweise Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung wird zu weiteren Ausgabensteigerungen führen. Für 2023 wird mit Kosten von 71,7 Mio. Euro gerechnet.

Die Stadt Karlsruhe investiert sehr viel kommunales Geld in Kindertageseinrichtungen und in die Kindertagespflege. Die Anzahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren konnte von 1.638 in 2011 auf aktuell 2.982 Plätze gesteigert werden. Die Versorgungsquote liegt inklusive der Kindertagespflege und betreuten Spielgruppen bei 45,5 %. Für Kinder über drei Jahren wird eine Versorgungsquote von 94,5 % erreicht. Damit können wir den gesetzlichen Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze erfüllen. Bereits heute trägt die Stadt 58,6 % der gesamten Kita-Kosten. Durch den angestrebten Ausbau wird sich dieser städtische Anteil in 2023 auf mindestens 62,4 % erhöhen. Der aufgezeigten Kostenentwicklung bis 2023 liegt unser aktuelles Kita-Gebührensysteem zu Grunde. Schon dieses bedeutet für unseren kommunalen Haushalt eine große Herausforderung. Was aber würde es bedeuten, wenn an der Gebührenschrabe weiter gedreht, wenn komplette Gebührenfreiheit geschaffen würde?

Für eine flächendeckende Einführung von kostenlosen Kitas wären derzeit weitere rund 40 Mio. Euro pro Jahr aus kommunalen Mitteln erforderlich. Das ist eine grobe Kostenschätzung. Damit würde allein durch diese Maßnahme in weniger als sechs Jahren das gesamte bisher erzielte Ergebniseinsparungspotential aus dem HSPKA-Prozess aufgezehrt werden. Zu bedenken ist auch, dass jede Tarifierhöhung, jede Sachkostensteigerung sowie jeder Qualitäts- und Quantitätsausbau eine kontinuierliche Steigerung der Kosten nach sich ziehen wird.

Der durchgeführte Benchmark bestätigt eindeutig, dass Karlsruhe gut aufgestellt ist. Durch die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder – unabhängig von Alter und Einrichtung – bietet Karlsruhe sehr familienfreundliche Beiträge an. Der Elternbeitrag liegt in Summe deutlich unter dem vergleichbarer Städte. Insbesondere im U3-Bereich bietet Karlsruhe als einzige Stadt Gebührenfreiheit für Geschwisterkinder. Die oft zitierte Gebührenfreiheit in Heilbronn und Mannheim bezieht sich ausschließlich auf das Betreuungsangebot im Ü3-Bereich, in Mannheim zudem nur auf das Regelangebot. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung stellt zudem fest, dass für die meisten Eltern die Gebührenfreiheit nicht an erster Stelle steht, sondern vorrangig eine bessere Personalausstattung und eine bessere Qualität der Betreuung eingefordert wird. Die Landesregierung strebt keine Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildungsangebote an. Auch der Referentenentwurf des Bundesminis-

teriums für das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung ist ebenfalls ernüchternd. Danach kann eine Befreiung von Elternbeiträgen ein Qualitätsentwicklungsziel sein, wenn es sich um Eltern mit niedrigem Einkommen handelt. Hierzu sollen die Regelungen im SGB entsprechend geändert werden. Wir werden daher weder vom Land noch vom Bund eine finanzielle Unterstützung für einen Stufenplan zur Gebührenfreiheit erhalten. Und deshalb sollten wir den Wunsch nach Gebührenfreiheit solange in die Zukunft schieben, bis Bund und Land ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und sich konsequent an den Kosten beteiligen. Unser Schwerpunkt muss der kontinuierliche Ausbau und die Qualitätsverbesserung sein.

Kommen wir nun zur Herausforderung Personal. 2019 beträgt der Personal- und Versorgungsaufwand für unser wertvollstes Kapital, die Basis unserer Verwaltung, unsere Beschäftigten, 360,9 Mio. Euro und in 2020 379,9 Mio. Euro. Wir alle wissen, dass eine Kommunalverwaltung ein personalintensiver Betrieb ist. Und mit den wachsenden Aufgaben werden die dafür erforderlichen Personalressourcen wie in den vergangenen Jahren zukünftig kontinuierlich weiter steigen. Die Stadtverwaltung Karlsruhe steht aber auch am Anfang einer regelrechten Pensionierungswelle. Das Durchschnittsalter unserer Beschäftigten beträgt 47 Jahre – Tendenz: weiter steigend. In den kommenden Jahren werden rund 30 % unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altershalber ausscheiden, die wir aufgrund fehlender Nachwuchskräfte nicht 1:1 ersetzen können. Viele davon werden die Stadtverwaltung aus einer herausragenden Führungs- und Leitungsfunktion verlassen. Diesen Umbruch ohne Leistungsverlust zu bewältigen, wird in den kommenden Jahren eine gewaltige Aufgabe sein.

Die Digitalisierung wird dabei eine große Rolle spielen. Denn sie bietet neue Möglichkeiten, bedeutet aber auch einen Bruch mit etablierten Strukturen. Fundamentale Veränderungen benötigen fundierte Antworten. Daher ist es nötig, Kreativität und persönliche Fähigkeiten der Beschäftigten zu entwickeln, denn digitales Wissen schafft Zukunft. Neben der Ausbildung von Nachwuchskräften müssen außerdem berufserfahrene Fachkräfte gewonnen werden, und wir müssen dafür sorgen, dass die Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin das vorhandene Personal an sich bindet. Motivation, Wertschätzung, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und die Schaffung von attraktiven Arbeitswelten dürfen keine bloßen Floskeln bleiben. Die Stadtverwaltung beschäftigt sich mit diesen Entwicklungen seit Längerem und wird deshalb im Projekt „Vorausschauende Personalplanung“ mit einem Stufenplan und externer Unterstützung Lösungsstrategien erarbeiten.

Bereits bei meiner letzten Haushaltsrede zeigte ich Ihnen auf, dass die prognostizierten Fehlbeträge der KVVH nur noch einige Jahre vollständig durch Rücklagen ausgeglichen werden können. Diese Prognose wird durch die Mittelfristige Finanzplanung erneut bestätigt. Da die Untertunnelung der Kaiserstraße und der Karl-Friedrich-Straße das wichtigste Infrastrukturprojekt für die städtebauliche Entwicklung der Innenstadt darstellt, wurde bereits in der Mittelfristigen Finanzplanung im Doppelhaushalt 2017/2018 ein Zuschuss für die KVVH eingeplant. Dieser sollte fließen, sobald die Eigenmittel nicht mehr ausreichen, um die Belastungen aus der Kombilösung auszugleichen. In der Abbildung sind die städtischen Finanzströme an den KVVH-Konzern bis 2023 dargestellt: Die rot eingefärbten Balken stellen den Verlust aus der Kombilösung, aber auch aus der Verkehrssparte allgemein dar. Erstmals in 2021 wird die KVVH-Gruppe nicht mehr in der Lage sein, aus eigener Kraft die negative Entwicklung bei den Verkehrsleistungen zu decken. Nach aktueller Einschätzung werden wir ab 2022 dann dauerhaft einen Betrag von rund 35 Mio. Euro aus dem

Ergebnishaushalt aufwenden müssen. Insofern sind weitere Konsolidierungsanstrengungen innerhalb der Holding unumgänglich. Es wird insbesondere Aufgabe der Geschäftsführung der VBK sein, im Rahmen der Arbeitsgruppe „Stabilisierung KVVH“ Entscheidungsoptionen zur Straffung und Optimierung von Prozessabläufen zu entwickeln sowie weiterhin Aufgabenkritik zu üben. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich es für wenig hilfreich halte, dass Drohkulissen aufgebaut werden, wenn die eigentlichen Hausaufgaben noch offen sind.

Darüber hinaus benötigt die KASIG für ihre Kreditverpflichtungen einen Liquiditätszuschuss oder besser Tilgungszuschuss, der in der Abbildung hellgrau dargestellt wird. Dieser wird notwendig, da die Abschreibungszeiträume länger sind als die bislang vereinbarten Tilgungszeiträume. Zudem planen wir für die KVVH eine allgemeine Kapitalstärkung ein. Dies zeigt der gelbe Balken. Die dient auch dazu, die Eigenkapitalstruktur der Stadtwerke zu festigen. Ergänzend kommen die Finanzmittel für den erforderlichen Erwerb des Kriegstraßentunnels von der KASIG hinzu, in der Abbildung der grüne Balken. Dafür werden insgesamt 120 Mio. Euro benötigt, die sich aus Kaufpreis und Umsatzsteuer zusammensetzen. Eine erste Zahlung erfolgte 2017 in Höhe von 10 Mio. Euro. Im Finanzhaushalt müssen wir von 2019 bis 2023 daher weitere 110 Mio. Euro bereitstellen.

Kommen wir nun zu einer weiteren Herausforderung, die sich aus dem Gesamtfinanzhaushalt ergibt, den Investitionen: Das aktuelle KfW Kommunalpanel 2018 weist trotz guter Konjunkturlage einen deutlichen Anstieg des kommunalen Investitionsrückstandes auf 159 Mrd. Euro aus. Gründe hierfür seien sowohl Versäumnisse in der Vergangenheit als auch aktuelle Herausforderungen der Kommunen, wie das Zusammentreffen von Bevölkerungswachstum auf bereits ausgelastete Infrastrukturen, aber auch steigende Anforderungen bei der sozialen Infrastruktur.

Ich möchte Ihnen diese Aussage anhand unserer Schulbauprojekte verdeutlichen. Lag bei diesen das Investitionsvolumen im Ergebnis- und Finanzhaushalt in 2013 noch bei 23 Mio. Euro, planen wir in 2019 mit 45 Mio. Euro und in 2020 mit 46 Mio. Euro. Dies bedeutet eine Verdoppelung innerhalb von sechs Jahren. In der Mittelfristigen Finanzplanung gehen wir in 2023 von einer Steigerung auf 55 Mio. Euro aus. 2009 bis 2014 lagen die Schwerpunkte der größeren Schulbauprojekte bei Ganztageseinrichtungen und Erweiterungen für die Gymnasien aus der Gründerzeit, die über eine gute Bausubstanz verfügen. Verbaut wurden durchschnittlich 5 Mio. Euro pro Schulgebäude. Aber es rückten auch komplexe Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen ins Blickfeld, wie die Heinrich-Hertz-Schule mit einem Gesamtfinanzvolumen von 49,2 Mio. Euro.

Seit dem Doppelhaushalt 2015/2016 wurde zudem ein Schulbauprojekt mit einem Gesamtfinanzrahmen von über 20 Mio. Euro im Haushalt verankert. Die Altgebäude stammen aus den sechziger und siebziger Jahren. Diese wurden teilweise abgebrochen, umgebaut und erweitert für neue Unterrichtskonzepte, Ganztagesbetrieb und Inklusion. Ergänzt wurde das Ganze durch energetische Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen. Aufgenommen wurde im Doppelhaushalt 2015/2016 die Augustenburg-Gemeinschaftsschule Grötzingen mit 23,9 Mio. Euro, im Doppelhaushalt 2017/2018 die Drais-Gemeinschaftsschule mit 23,5 Mio. Euro. Und dieser Trend setzt sich im aktuellen Haushaltsplanentwurf mit der Schloss-Schule Durlach mit einem Gesamtfinanzrahmen von 24,4 Mio. Euro fort.

Kommen wir nun zu den Investitionen: Wie schon im Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir wiederum ein sehr hohes Investitionsvolumen aufgelegt. Wir planen in 2019 mit 283,3 Mio. Euro und in 2020 mit 266,5 Mio. Euro. Die Auszahlungen für Baumaßnahmen umfassen 155 Mio. Euro in 2019 und 141,1 Mio. Euro in 2020, davon sind jeweils die Hälfte allein Fortsetzungsmaßnahmen. Investitionsschwerpunkte sind wie in den vergangenen Jahren der Ausbau der Infrastruktur, der Kinderbetreuung und Bildung. Von den investiven Auszahlungen entfallen allein auf Baumaßnahmen HGW rund 60 Mio. Euro pro Jahr, davon werden jeweils knapp die Hälfte für Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen an Schulen eingestellt. Erwähnt seien als Fortsetzungsmaßnahmen neben den eben genannten Schulen die KFZ-Werkstätten in der Carl-Benz-Schule. Begonnen wird mit den umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an der Carl-Hofer-Schule, in der Gartenschule und an der Sporthalle Ernst-Reuter-Schule. Als große Schulbauprojekte sind – wie bereits erwähnt – die Schloss-Schule Durlach aber auch der Umbau und die Modernisierung im Schulzentrum Neureut mit 17 Mio. Euro enthalten.

Die Bäderlandschaft soll durch die Neugestaltung des Innenhofs West im Vierordtbad mit 3,8 Mio. Euro noch attraktiver werden. Mit einem Gesamtaufwand von 7 Mio. Euro werden im Zoo das Giraffenhaus erweitert und die Afrikasavanne neu gestaltet. Für die Neugestaltung des Marktplatzes sind 9,25 Mio. Euro eingeplant. Für die verkehrliche Infrastruktur wenden wir rund 25 Mio. Euro für Verbesserung, Erschließung, Straßenbeleuchtung, Verkehrssignalanlagen, Ingenieurbauwerke, Radwege und Straßengrün auf. Knapp 50 Mio. Euro werden für eine sichere Entwässerungsinfrastruktur in die Abwassernetze und die Kläranlage der Stadt Karlsruhe investiert. Dies sind Haushaltsmittel, die langfristig über die Abwassergebühren an die Stadt Karlsruhe zurückfließen.

Für die Sportvereine sind Investitionszuschüsse für Sportanlagen in 2019 in Höhe von 1,75 Mio. Euro und 1,3 Mio. Euro in 2020 eingeplant. Summa summarum ist dies ein ambitioniertes Investitionsprogramm und zwar nicht nur für den anstehenden Doppelhaushalt. Dies zeigt sich bereits durch einen Blick auf unsere Verpflichtungsermächtigungen. Zur teilweisen Finanzierung der investiven Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 166,5 Mio. Euro berücksichtigt. Das sind erhebliche Haushaltsmittel, die für die kommenden Haushaltsjahre bereits gebunden sind.

Uns allen muss bewusst sein, dass wir mit diesem Investitionsprogramm arbeitstechnisch mehr als nur an unsere Grenzen stoßen. Dies zeigt sich gerade mit Blick auf die Haushaltsübertragungen für Investitionen. Betrug diese 2011 noch 52,2 Mio. Euro, waren es in 2016 – sage und schreibe – 110,4 Mio. Euro. Die Verwaltung arbeitet deshalb mit dem Projekt „Investitionsmanagement“ gezielt an Lösungsstrategien und Gegensteuerungsmaßnahmen. Bereits bei den investiven Haushaltsübertragungen von 2017 nach 2018 wurde eine leichte Reduzierung erreicht. Die Übertragung nach 2019 werden wir noch restriktiver handhaben. Es hat sich in den Vorjahren gezeigt, dass sich die Auszahlungen in der Regel unterhalb der regulären Haushaltsansätze bewegt haben. Die übertragenen Haushaltsreste wurden damit faktisch nicht benötigt. Wir wissen, dass mit diesen Maßnahmen die Projekte nicht schneller realisiert werden und dass nach der fortgeschriebenen Investitionsgesamtliste bis 2025 ein jährliches Investitionsvolumen von mindestens 200 Mio. Euro abgearbeitet werden muss. Daher hat die Arbeitsgruppe „Investitionsmanagement“ weitere Maßnahmen vorgeschlagen. So sollen städtische Tochtergesellschaften bei der Umsetzung von Hochbauprojekten enger eingebunden werden. Mit der VOLKS-WOHNUNG wird dies für die Modernisierungsmaßnahmen der Europäischen Schule derzeit

erprobt. Zudem sollten nicht betriebsnotwendige Immobilien des Kämmereibereichs einer Tochtergesellschaft zugeordnet werden. Daher wird – auch auf Ihre Anregung – eine Bündelung von Kulturimmobilien wie Prinz-Max-Palais und Theaterhaus bei der Karlsruher Fächer GmbH geprüft.

Darüber hinaus untersuchen wir verschiedene Eigenbetriebe, gerade mit Blick auf den Gebührenhaushalt. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft befindet sich bereits auf einem guten Weg. Geprüft werden derzeit auch die Vor- und Nachteile für einen Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung. Aber nicht nur im Gebührenbereich sind Eigenbetriebe denkbar. Ein weiterer Lösungsansatz könnte ein Eigenbetrieb Modernisierungen und Neubauvorhaben von Sporthallen sein, vielleicht auch als Erweiterung des Aufgabenbereiches des Eigenbetriebs Wildpark. Losgelöst davon stellt sich die Frage, ob das HGW als Bauherr wieder verstärkt Planungsleistungen selbst erbringen sollte, um einen höheren Eigenerledigungsanteil zu generieren. Nicht nur das Land Baden-Württemberg hat für seine Hochbauämter diese Neuausrichtung bereits vollzogen. Die dadurch eingesparten Sachmittel wurden zur Finanzierung der erforderlichen Personalstellen eingesetzt. Aus meiner Sicht ist dies ein interessanter Ansatz, der näher betrachtet werden sollte.

Der Gesamtfinanzhaushalt, vergleichbar mit der Cashflow-Rechnung eines Unternehmens, stellt neben den Investitionen sämtliche zu erwartenden Ein- und Auszahlungen dar. Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, also die Zuführungen aus dem Ergebnishaushalt, betragen 74,3 Mio. Euro in 2019 und 77,2 Mio. Euro in 2020, mithin zusammen 151,5 Mio. Euro. Dies reicht naturgemäß nicht aus, um die geplanten Investitionsauszahlungen von 550 Mio. Euro zu finanzieren. Bevor wir allerdings auf eine vollständige Kreditfinanzierung zurückgreifen, setzen wir unsere aktuellen und bis zum Jahresende 2018 prognostizierten liquiden Zahlungsmittel ein. Dennoch wird in 2019 ein Kreditvolumen von 50 Mio. Euro und in 2020 von 110 Mio. Euro erforderlich, um unsere geplanten Investitionen im Rahmen einer genehmigungsfähigen Haushaltssatzung gegen zu finanzieren.

Wichtig ist an dieser Stelle, einen Blick auf die Entwicklung der mittelfristigen Finanzierung unserer Investitionen zu werfen. Erscheint 2021 noch ein Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt erreichbar, sind die Ergebnisse der darauffolgenden Jahre deutlich unbefriedigender. Ab 2022 erreichen wir keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Infolgedessen wird es auch immer schwieriger einen Zahlungsmittelüberschuss zu erwirtschaften. Schwerer wiegt jedoch, dass uns dann die notwendige Liquidität fehlt, um das fortdauernde Investitionsprogramm zu bestreiten. Geplant sind aktuell im Mehrjahresinvestitionsprogramm in 2021 223 Mio. Euro, in 2022 218 Mio. Euro und in 2023 189 Mio. Euro, zusammen 630 Mio. Euro. Aufgrund der fehlenden Liquidität aus dem Ergebnishaushalt würde damit ein Bedarf an Kreditermächtigungen für die drei Jahren zusammen über 520 Mio. Euro bestehen. Bei Investitionen von insgesamt 630 Mio. Euro ergibt sich somit eine Fremdfinanzierungsquote von über 80 %. Ich denke, wir werden eine enorme Überzeugungskraft gegenüber unserer Aufsichtsbehörde benötigen, wenn wir dieses vollständig umsetzen wollen. Ich muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass dies eine Zustimmung an zusätzliche Konsolidierungspotentiale gebunden sein wird.

Ich zitiere nochmals mein Eingangsstatement: Gestaltungsspielräume für die Zukunft mit Verantwortung und Weitblick erhalten. Oder um es mit einer Weisheit des Konfuzius zu sagen: „Wenn sich Wohlstand einstellt, verbrauche ihn nicht vollständig.“



Die Entwicklung der städtischen Beteiligungsgesellschaften rückt immer mehr in unseren Fokus. Lange Jahre gab es dort Schnittstellen zum städtischen Haushalt, wo Fehlbeträge auszugleichen waren. In den letzten Jahren wurden verstärkt Neuausrichtungen oder Neustrukturierungen durchgeführt. Diese Veränderungen haben das Ziel, die Herausforderungen des aktuellen Marktumfelds zu meistern und dadurch einen Beitrag zur Stabilisierung und Zukunftsgestaltung der Stadt Karlsruhe zu leisten.

Unsere Volkswohnung investiert weiterhin in ihr Neubau- und Sanierungsprogramm. Von 2018 bis 2022 sind Investitionen von 288 Mio. Euro, davon 232 Mio. Euro für den Mietwohnungsbau, vorgesehen. Die VOWO hat in den letzten Jahren vor allem durch die Bauträgertätigkeiten in den städtischen Konversionsgebieten profitiert. Daher soll ein Teil dieser generierten Überschüsse als Konsolidierungsbeitrag in den nächsten Jahren in den Kämmereihaushalt zurückfließen. Vorgesehen ist ab 2020 eine jährliche Ausschüttung von 2,5 Mio. Euro, befristet auf sechs Jahre. Diesen Beitrag benötigen wir im Rahmen der Haushaltsstabilisierung dringend für die notwendigen Schulsanierungen, aber auch für die Kita-Zuschüsse. Hinweisen möchte ich darauf, dass die Ausschüttungen von jährlich 2,5 Mio. Euro deutlich unter den laufenden Gewinnen der Wirtschaftsjahre 2020 bis 2025 liegen und die bestehenden Gewinnrücklagen von rund 150 Mio. Euro durch die Ausschüttungen nicht angetastet werden.

Das Klinikum hat Weichenstellungen getroffen, die für die Daseinsfürsorge unserer Bürgerinnen und Bürger notwendig sind. Die Stadt Karlsruhe stellt über die bisher gewährten Mittel hinaus 90 Mio. Euro, verteilt über die Jahre 2018 bis 2025, zur Verfügung. Ergänzend ist ein Sanierungsfonds für die Altgebäude mit je 2,5 Mio. Euro in 2019 und 2020 im Planentwurf vorgesehen. Auch ein 2013 gewährtes Darlehen zur Liquiditätsverbesserung soll in einen Investitionszuschuss zugunsten der Neubaufinanzierung umgewandelt werden, um die künftigen Belastungen der Gesellschaft zu verringern.

Die aktualisierte Studie zur Umwegrentabilität bescheinigt der KMK deutlich gewachsene regionalwirtschaftliche Effekte ihrer Messe- und Kongresstätigkeit. Die KMK ist ein starker Wirtschaftsfaktor für die TechnologieRegion Karlsruhe. In diese fließen jährlich 150 Mio. Euro für die professionelle Veranstaltungsorganisation – vom Standbau über Hotelzimmer bis zum Werbeprospekt. Diese Ausgabenimpulse haben auch einen unmittelbaren Effekt auf die Beschäftigung in der TechnologieRegion. Rund 2.400 Arbeitsplätze sind direkt und indirekt vom Veranstaltungsgeschäft der KMK abhängig, davon sind circa 1.919 Arbeitsplätze in Karlsruhe angesiedelt. Die positive Entwicklung der KMK spiegelt sich in den bilanzierten Zahlen für 2017 erneut wieder. Der Umsatzerlös von 33 Mio. Euro übertrifft das Rekordergebnis von 2015. Auch die Entwicklung des operativen Ergebnisses der KMK kann sich sehen lassen. Dieses lag in 2017 bei 8,1 Mio. Euro und ist in den zurückliegenden Jahren um 237 % gesteigert worden. Erstmals konnte die KMK die Marke von 800.000 Besucherinnen und Besuchern überspringen und dies trotz der seit Juli 2017 geschlossenen Stadthalle.

Die Anzahl der Ankünfte und Übernachtungen in Karlsruhe steigt kontinuierlich und hat 2017 mit 1.168.584 Übernachtungen und 669.579 Ankünften einen neuen Höchststand erreicht. Dieser positive Trend setzte sich auch in den ersten Monaten 2018 fort. Die Vermarktungsstrategie der KTG mit den Schwerpunkten Lebensart und Kultur trägt Früchte. Umso wichtiger ist, dass mit dem Schaufenster Karlsruhe am Marktplatz im Herzen unserer

Stadt, ein neuer zentraler Anlaufpunkt für unsere Gäste sowie Bürgerinnen und Bürger entsteht. Karlsruhe hat für Touristen neben den zahlreichen Kultur- und Freizeitangeboten, den Events der KME wie DAS FEST, dem INDOOR MEETING und dem Festivalsommer mit den Schlosslichtspielen einiges zu bieten. Hinzu kommt die Weihnachtsstadt Karlsruhe, in deren Mittelpunkt der Christkindlesmarkt des Marktamtes, die Stadtwerke Eiszeit und das Kinderland St. Stephan stehen.

Ich komme nun zu meinem Fazit: In Karlsruhe geht es mit großen Schritten voran. Wir investieren sehr viel in unsere Zukunft und positionieren uns als starkes Oberzentrum. Unbestritten entwickeln sich die Steuern positiv. Aber den steigenden Erträgen stehen steigende laufende Aufwendungen gegenüber. Auch wurde bereits investiv und konsumtiv für 2018 und im Vorfeld der Aufstellung des Doppelhaushalts so einiges beschlossen. Dies alles ist bereits in den Planentwurf eingeflossen. Allerdings: Sind Maßnahmen erst einmal beschlossen oder investive Maßnahmen erst einmal begonnen, können diese nicht mehr sinnvoll gekürzt oder gestoppt werden. Deswegen ist es wichtig, dass wir weiterhin verstärkt das generationengerechte Handeln in den Vordergrund rücken und unseren Blick bei der Ausgabengerechtigkeit nicht allein auf das Hier und Jetzt konzentrieren, gerade mit Blick auf die mittelfristige Entwicklung der Finanzplanung. Daher sollten wir mit unterjährig haushaltsausweitenden Beschlüssen sehr zurückhaltend sein.

Zukünftig muss weiterhin mindestens die schwarze Null im Ergebnishaushalt unser gemeinsames Ziel bleiben; sollten neue Aufgaben nur mit einer nachhaltigen Gegenfinanzierung vorgeschlagen werden und nicht jede wünschenswerte Maßnahme erfüllt die Anforderung gesamtstädtisches Interesse; sollten wir mehr denn je unsere Investitionsprojekte konsequent nach der zeitlichen und fachlichen Notwendigkeit priorisieren und müssen wir uns stärker als bisher mit der strategischen Steuerung bei den Investitionen, aber auch bei den Sozialausgaben und Personalausgaben beschäftigen.

Wir haben mit unserem Eckwertebeschluss im März 2015 für den Haushaltsstabilisierungsprozess 2017 bis 2022 gemeinsam einen festen Kurs gesetzt. Diese Ziele gilt es weiterhin fest im Blick zu haben, denn nur gemeinsam können wir Karlsruhe in eine stabile Zukunft führen. Der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss sagte einmal: „Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“ Ich wünsche uns allen, dass wir diese Mitte bei den anstehenden Beratungen im Auge behalten. Die Mitte, in der Verantwortung und Weitblick gleichgewichtig aufeinander treffen, und die uns Spielräume für die Zukunft offen hält.

Das Planwerk ist stets eine Gemeinschaftsleistung. Deshalb möchte ich natürlich mit einem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtkämmerei aber auch aller Ämter schließen. Denn Sie haben alle bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt. Ein herzliches Dankeschön an Sie alle für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Mein besonderer Dank geht an unseren Kämmerer, Herrn Dollinger, und seinen Stellvertreter, Herrn Deck. Ihnen, meine Damen und Herren Stadträte, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen bei den Beratungen zum Haushalt eine glückliche Hand.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
6. August 2018